

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abohnenpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.—Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.—Mt., für einen Monat 8.—Mt. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — Postkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13003. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596

Interratenpreis: Die 7 gespaltene Kolonelszeile oder deren Raum 1.90 Mt., bei Plakatvorrichtung 2.30 Mt.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mt. Reklame-Kolonelszeile 7.50 Mt. — Telefon für die Interraten-Abteilung 2721 Schluss der Interraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Eine provisorische Lösung?

Simons über die neuen Vorschläge.

Paris, 6. März. Auktionenminister Dr. Simons gewährt dem Vertreter der Sunday Times eine Unterredung, in der er u. a. erklärt: Ich hoffe, daß meine Antwort, die ich den Alliierten erstellen werde, diese dazu bringen wird, daß Abmachungen mit provisorischem Charakter getroffen werden, für welche unsre Vorschläge vom letzten Dienstag als Grundlage dienen können. Die Alliierten mögen überzeugt sein, daß wir die besten Vorschläge haben. Sie mögen unsre Vorschläge prüfen und dann annehmen, was wir ihnen anbieten können. Wenn Deutschland zu höheren Einführungen gelangt, so will es noch mehr zahlen; ich muß darauf bestehen, daß eine Kommission eingesetzt wird zur Prüfung unserer Vorschläge. Wenn das geschieht, dann würden Strafmaßnahmen nicht notwendig sein. Deutschland kann aber nicht bezahlen, was von ihm in den Pariser Abmachungen gefordert wird.

Eine wichtige Unterredung in London.

Paris, 6. März. Wie einem Havasbericht aus London zu entnehmen ist, hat gestern vormittag bei Lord Curzon eine Unterredung zwischen Dr. Simons und dem englischen und dem französischen Ministerpräsidenten stattgefunden. Am Nachmittag trafen die englischen, französischen und belgischen Sachverständigen mit den deutschen zusammen. Gegen Abend begab sich Briand in Vertretung Lloyd Georges, der noch Chequers gefahren war, um das Wochenende bei seiner Familie zu verbringen, zum Grafen Sforza. Die deutsche Abordnung blieb in den ersten Abendstunden eine Sitzung ab. Es heißt in dem Bericht der Agence Havas noch während man in englischen und italienischen Kreisen optimistischer gestimmt sei, sei man auf französischer Seite mißtrauischer hinsichtlich des Ausgangs der Besprechungen.

Verhandlungen über ein provisorisches Abkommen.

Berlin, 7. März. (Eigene Drahtmeldung der A. A.) Der Sonderberichterstatter der Volkszeitung meldet aus London: „Ein Ereignis, das die Lage ein wenig zugunsten Deutschlands oder, allgemein ausgedrückt, zugunsten des europäischen Friedens verändert hat, ist die Tatsache, daß die Partner sich endlich hinter den Kulis zu Besprechungen zusammengefunden haben, und daß damit der unfruchtbare Notenwechsel einer hoffentlich zu bringenden persönlichen Fühlungsnahme gewichen ist. Der Zweck dieser Besprechungen ist, das am morgigen Tage drohende Scheitern der Konferenz in letzter Minute zu verhindern. Da eine Gesamtvereinigung der beiden Parteien unmöglich erscheint, soll versucht werden, eine Grundlage für weitere Verhandlungen zu finden. Diese Bevorschläge haben ihren Gipfelpunkt in einer Konferenz zwischen dem Auktionenminister Simons, Lloyd George und Briand gefunden. Obwohl die Einzelheiten der Besprechung von allen Seiten mit einem unbürokratischen Schleier umgeben werden, darf man wohl annehmen, daß in Mittelpunkt der Debatte ein provisorisches Abkommen stehen wird, das vorläufig nur für die nächsten paar Jahre Gültigkeit haben soll. Man sieht deutlicher aus dem Standpunkte, daß wir über die nächsten paar Jahre hinaus nicht bestimmen können, da die Entwicklung des niedergebrochenen deutschen Wirtschaftslebens zur Zeit nicht zu übersehen ist. Undeshalb wollen wir Frankreich durch ein solches Provisorium ermöglichen, so schnell als irgend möglich Varmittel in die Hand zu bekommen. Weiter würden auch die Alliierten später, wenn es mit der deutschen Industrie schneller und besser auswärts geht, als jetzt zu übersehen ist, eventuell größere Leistungen erwarten dürfen, als ihnen jetzt zugesichert werden könnten.“

Paris, 6. März. Bertinax, der Verlegerhalter des Echo de Paris, erklärt, Lloyd George habe seinen politischen Sekretär zu der deutschen Delegation entsandt, und Staatssekretär Bergmann habe mit Lord d'Abernon verhandelt. Diese Präliminarienbesprechungen hätten gestern zu der Beratung bei Lord Curzon geführt. Dr. Simons habe den alliierten Ministern in großen Zügen einen Plan entwölft. Bertinax ist wenigen erbaut davon, denn nach seiner Ansicht würden die mit so grossem Lärm am Donnerstag verkündeten Sanktionen sich etwas lockern, während derartige Verhandlungen stattfinden. Bertinax fragt, während die Gedanken seien, durch die die Deutschen versuchen, die alliierte Einheitsfront zu durchbrechen. Zwei Grundsätze seien es, die man erkenne: ersten der Gedanke der sogenannten Aquivalente, von denen Lloyd George gesprochen habe, und zweitens die Rückkehr zu dem gefährlichen Grundsch, den man in Brüssel angenommen habe, daß die deutschen Schadenerfassungen, sowohl was ihre Höhe als ihre Zahlung anbelte, eng verbunden werden müssten mit der wirtschaftlichen Wiederherstellung Deutschlands. Bertinax sagt, auch der Gedanke einer provisorischen Lösung für fünf Jahre mit der Aussicht auf eine spätere endgültige Lösung sei in radikalen englischen Kreisen gestern erörtert worden.

Instruktionen aus Berlin.

Berlin, 6. März. Die aus London vorliegenden Meldungen wurden heute in zwei Kabinettsitzungen unter Vorbehalt des Reichspräsidenten beraten. Zwischen beiden Sitzungen wurde eine Besprechung mit den erreichbar gewesenen Sachverständigen abgehalten. Auf Grund der Beratungen sind an die Delegation Instruktionen für die morgige Verhandlung der Londoner Konferenz ergangen.

Die Montagsitzung.

Paris, 6. März. Wie die Agence Havas aus London berichtet, wird die Konferenz morgen zwei Sitzungen abhalten. Die erste, um 11 Uhr beginnend, wird wahrscheinlich dem Zweck dienen, den griechischen und türkischen Abordnungen die Antwort der Alliierten betrifft der praktischen Anwendung des Vertrages von Sevres zur Kenntnis zu bringen. In der Nachmittagsitzung werden die deutschen Vertreter ihre Antwort auf das Ultimatum

der Alliierten geben. Wenn diese Antwort rechtzeitig bereit wäre, würde die Nachmittagsitzung der Anhörung der deutschen Abordnung statt der Erledigung der orientalischen Frage gewidmet werden. Hält Dr. Simons, was nicht unwahrscheinlich ist, nur solche Angebote macht, die vom Pariser Abkommen abweichen, würden die Verhandlungen sofort abgebrochen werden; Briand würde andern Tags nach Paris zurückkehren.

London, 6. März. Reuter erzählt, daß es leicht möglich ist, daß die Reparationskonferenz, die am Montagmittag ihre nächste Zusammenkunft hat, abgebrochen wird, wenn die Deutschen keine bedeutend vernünftigeren Vorschläge vorlegen. Wenn indessen teilweise beständige Vorschläge unterbreitet würden, welche seitens Deutschlands das Bestreben zeigten, der wahren Lage gerecht zu werden, dann würden sie von den alliierten Sachverständigen geprüft werden, wenn auch in Deutschlands früher unüberlegter Haltung eine recht bedeutende Veränderung eintreten müsse. Einige Punkte in den deutschen Vorschlägen sollen nach Reuter ziemlich vernünftig sein, doch die daraus gezogenen Schlussfolgerungen nichts weniger als vernünftig.

Italiens und Frankreichs Stellung.

Brüssel, 6. März. Aus London wird der Frankfurter Zeitung gemeldet, nach der Unterredung mit Lloyd George und Briand habe gestern Graf Sforza Briand aufgesucht und auf der Notwendigkeit einer Verständigung mit den Deutschen bestanden. Briand habe geantwortet, er sei bereit, Vorschläge von Modalitäten zum Pariser Abkommen zu prüfen, nicht aber neue Zugeständnisse zu machen.

Paris, 6. März. Die Agence Havas verbreitet eine Unterredung des Observers mit Loucheur, in der er erklärt, eine neue Herabsetzung der Gefamkeit der französischen Forderungen könne nicht zugegeben werden. „Wir sind jedoch bereit,“ fuhr Loucheur fort, „die Möglichkeit zu prüfen, die Deutschland in die Lage versetzen würde, sich in weniger als 42 Jahren seiner Schuld zu entledigen. Ebenso sind wir nicht unbedingt an die Erhebung von 12 Prozent Abgabe auf die deutsche Ausfuhr gebunden, falls man eine andre Möglichkeit anstreben würde, die Entwicklung des Industrievermögens Deutschlands abzuhöhen. Es ist z. B. nicht ausgeschlossen, daß Richthaus die deutsche Kohlenerzeugung zu nehmen. Eine Sache muß indes klar sein, nämlich, daß jede Aenderung des Pariser Abkommens einen Gegenwert darstellen muss und nicht auf eine Herabsetzung der festgelegten Zahlen hinzuweisen darf, sei es auch noch so schwach.“

London, 6. März. Lord d'Abernon, Loucheur und Theunis besuchten gestern Lloyd George in Chequers. Auf Grund der von Zeltung gemeldet, nach der Unterredung mit Lloyd George und 7 Uhr abends nach seiner Londoner Wohnung eine Versammlung der alliierten Delegationen, an der er selbst, Bonar Law, Lord d'Abernon, Briand, Loucheur, Jaspar, Theunis, Graf Sforza und der japanische Vertreter teilnahmen.

Praktische Vorarbeiten für den Wiederaufbau.

Paris, 5. März. Poulle teilt mit, daß am 21. März in Paris eine große Kundgebung stattfinden werde, die vom Allgemeinen Arbeiterverband (C. G. T.) ausgeht. Zu dieser Kundgebung seien die Vertreter der ehemaligen Kampfzone eingeladen, da nach Mitteln gesucht werden, um die Kampagne wiederzubauen, und der Anarchie und Fahrlässigkeit ein Ende zu bereiten, die bis jetzt bei dem Wiederaufbau der ehemaligen Kampfzone bedacht worden sei.

Paris, 6. März. Eine Abordnung der gewerkschaftlichen International wird sich morgen unter Führung des französischen Gewerkschaftsführers Marcel Laurent nach der ehemaligen Kampfzone begeben, um infolge des Schlusses des Londoner Gewerkschaftsvertrages Feststellungen für einen Bericht zu machen. Es soll also dann ein Aufruf an die arbeitende Klasse der ehemaligen Welt erlassen werden. Die Abordnung besteht aus dem Holländer Odeneert, dem Spanier Taballero, dem Belgier de Blaemond und dem Tschechoslowaken Tayerl. In der Hauptstadt werden folgende Städte besucht werden: Amlens, Lens, Albert, Bapaume, Bapaume-Bretonneux und Verdun.

Amerikas Schadenerfassungsprämie.

Paris, 5. März. Wie Havas aus Washington meldet, gehöre zu den leichten amtlichen Handlungen des baldigen amerikanischen Präsidenten Wilson die Verhängung eines Schriftstückes an den Senat, das von amerikanischen Bürgern ausgehe und die Kriegsschäden betreffe, deren Erfas von den Deutschen gefordert werden sollte. Die Schäden für die von deutschen Unterseebooten verletzten Schiffe, die Privatagenten gehörten, sollen sich auf 60 Millionen Dollar allein für die während des Krieges erlittenen Verluste belaufen. Eine große Petroleumsgesellschaft forderte 30 Millionen Dollar für Verluste ihres Eigentums in Rumänien.

Das Urteil im Kasseler Rote-Armee-Prozeß

Kassel, 5. März. In dem vor dem hiesigen Sondergericht verhandelten Kommunistenprozeß wurde heute nach 14-tägiger Verhandlung das Urteil gefällt. Es lautet für Häfner Müller auf 9 Monate Gefängnis, die Angeklagten Schröder und Zaiher auf je 4 Monate und Härtig und Rabitsch je 2 Monate Gefängnis. Allen Angeklagten wird 1 Monat Untersuchungshaft angerechnet. Die Angeklagten Löhnen und Küster wurden freigesprochen.

In der Urteilsbegründung wird gesagt, daß das Bestehen eines militärischen Verbundes, an dem sich sämtliche Angeklagten beteiligt haben, erwiesen sei. Besonders komme dafür die genaue Einteilung und die Benutzung der einzelnen Ressorts in Betracht. Die Rote Armee sollte durch die Organisation der Angeklagten im geeigneten Augenblick wieder als Angreifergesellschaft in Tätigkeit treten. Auch Notwehr lag nicht vor, denn zur Abwehr des von den Angeklagten für bestimmt gehaltene Rechtspruchs sei eine Rote Armee nicht nötig gewesen.

Man kann jedoch den Angeklagten nicht Christlosigkeit vorwerfen, weshalb zur Gefängnisstrafe erkannt sei. Der Vorsthende schloß seine Ausführungen, indem er darauf hinwies, daß vor „allen Dingen Ruhe und Ordnung im Lande herrschen müsse“.

Berlin und London.

Vor noch die im Ultimatum festgesetzte Frist abgelaufen ist, hat sich die Atmosphäre zu reinigen, die gespannte Lage zu entspannen begonnen. Es waren nicht weniger die Vorgänge in Berlin als die in London, denen die Entspannung zu verdanken ist und es ist das nicht hoch genug einzuschätzende Verdienst unserer Reichstagsfraktion, den Anstoß dazu gegeben zu haben: Sie hat im Kampfe gegen die unselige Geheimdiplomatie einen Sieg davongetragen, sie hat es durchgesetzt, daß trotz des Widerstandes der Regierung der Reichstag zu den Londoner Verhandlungen Stellung nahm, und dadurch eine Klärung der Situation herbeigeführt.

Die Regierung hat zwar nichts dazu beigetragen. Sie hat sich getreu den Traditionen der Geheimdiplomatie mit einer nichtsagenden Erklärung begnügt, die sie sich ebenso gut hätte schenken können. Der Schwerpunkt der Reichstagsverhandlungen lag nicht darin, sondern in den Erklärungen der Vertreter der drei Arbeiterparteien, vor allem in der Rede unseres Sprechers, des Genossen Breitscheid. In ihnen kam deutlich zum Ausdruck, daß auch in dieser „Lebensfrage des deutschen Volkes“ die Geister sich scheiden, daß es in der klassengespaltenen kapitalistischen Gesellschaft keine Einheitsfront geben könne, sondern sich immer zwei Fronten herausbilden: die Bourgeoisie, die Proletariat. Wir wissen, daß wir hier in Deutschland leider noch lange noch nicht so weit sind, dennoch zeigen die sonnabendlichen Reichstagsverhandlungen das erste Bild einer klaren Schiedung in diese zwei Fronten.

Die Vertreter der Bourgeoisie von Hergt bis Schisser trotzen im Geiste der Reichstagsregierung fort und wiederholten die alten Phrasen von der Entschlossenheit „unsres Volkes“, sich nicht unter das Joch zu beugen — Phrasen, die seit Juni 1919 bis zum Überdruck abgespielt wurden und doch immer nur Phrasen geblieben sind — ohne nur einen Gedanken aussprechen, nur eine Anregung geben zu können, wie in London eine Lösung gesunden werden könnte, die den Bedürfnissen beider Verhandlungsgegner halbwegs gerecht werden. Und die Vertreter der Arbeiterparteien rückten ebenso einstimmig von den bürgerlichen Parteien ab, indem sie zwar im Negativen, der Ablehnung der Pariser Beschlüsse, mit ihnen übereinstimmten, aber dabei nicht stehen blieben, sondern positive Vorschläge zur Lösung der Wiedergutmachungsfrage vorbrachten, die die tiefe Kluft zwischen den kapitalistisch beherrschten Anschauungen der bürgerlichen Parteien und dem internationalen, proletarischen Standpunkt der Arbeiterparteien klar erkennen ließen.

Dies muß gesagt werden, wenn es uns auch nicht im entferntesten einsäuft, uns mit irgendeinem rechtssozialistischen Müller, der in der Erhöhung der indirekten Steuern im trauten Verein mit den bürgerlichen Parteien „bis an die Grenze des Möglichen“ gehen will und mit den nichts als revolutionären, fühn und einsichtslos die Schranken der historischen Bedingungen überspringenden Phrasen Stoebers zu identifizieren. Dennoch muß die erfreuliche Tatsache konstatiert werden, daß die Rechtssozialisten, allerdings nach langem Schwanken und nach heftigen inneren Kämpfen den sich nach der Einheitsfront auf Kosten des Proletariats sehenden bürgerlichen Parteien einen Korb geben und deutlich zum Ausdruck gebracht haben, daß sie sich die Lösung der Wiedergutmachungsfrage ähnlich wie wir durch ein internationales Zusammearbeiten, vor allem des deutschen und französischen Proletariats, denken.

Den Höhepunkt der Verhandlungen aber bildete die Rede Breitscheids, der der Haltung der Regierung, die er einer verächtlichen Kritik unterzog, die Bemühungen unserer Partei gegenüberstellte, durch das Zusammearbeiten mit den revolutionären Arbeiterparteien der Welt, deren Grundlage soeben in Wien gefunden wurde, auf eine internationale sozialistische Lösung der Wiedergutmachungsfrage hinzuwirken. Da wir uns aber im Gegenzug zu den Kommunisten dessen bewußt sind, daß die Welt zu einer solchen Lösung heute noch nicht reif ist, muß es unser Bestreben sein, eine revolutionäre Lösung wenigstens der brennendsten Fragen zu finden.

Mit diesem Vorschlag hat Breitscheid ins Schwarze getroffen. Er war — und es ist dies ein glänzender Beweis für die nationalökonomischen Vorausicht, die die folgerichtige Anwendung des wissenschaftlichen Marxismus, wie sie allein von unserer Partei durchgeführt wird, ermöglicht — der einzige Redner im Reichstag, der das erlösende Wort von der provisorischen Lösung aussprach, zu der man sich tatsächlich in London allmählich durchzutragen scheint. Wenigstens geht dies aus allen Meldungen, die heute aus London gekommen sind, hervor. Danach haben vorgestern und gestern inoffizielle Verhandlungen zwischen den Alliierten untereinander und mit der deutschen Delegation stattgefunden zu dem Zwecke, das klägliche Fiasco vom Donnerstag nicht noch einmal wiederholen zu lassen. Dabei scheint Simons bereits die neuen Vorschläge unterbreitet zu haben, deren Inhalt natürlich noch unbekannt ist, über die sich aber der Augenblick

selbst in einem Interview ähnlich deutlich ausgesprochen hat. Danach nimmt Deutschland den in Paris fallengelassenen Vorschlag Seydoux wieder auf und schlägt eine provisorische Lösung für die nächsten Jahre vor, die von einer endgültigen erst dann abgelöst werden soll, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse sich günstiger haben. Voraussetzung für die Annahme eines solchen Vorschlags ist natürlich, dass den Alliierten entsprechende Garantien für eine Teilnahme an einer eventl. Besserung unserer Wirtschaftsverhältnisse gegeben werden.

Mit diesem Vorschlag ist endlich diejenige Grundlage zur Verhandlung geschaffen worden, die von uns und allen nationalökonomisch Einsichtigen gefordert wurde. Der schwere Fehler Simons', in Anlehnung an die Pariser Beschlüsse eine finanzielle Haushaltsschöpfung vorzuschlagen, ist damit wieder gutmacht worden und der Weg bahnt zu einer Lösung auf der Grundlage internationaler Zusammenarbeit. Ob diese Lösung in London gesunden wird, ist freilich sehr fraglich, ja, wie wir uns Kapitalisten kennen, gar nicht anzunehmen, aber es ist wenigstens das eine zu erwarten, dass die Sanktionen, die plump in unser Wirtschaftsleben eingreifen würden, nicht in Anwendung kommen und die Abmachungen, die getroffen werden, den Weg zu einer zünftigen durchgreifenden Lösung der Wiedergutmachungsfrage, wie sie nach unserer Ansicht nur auf sozialistischer Grundlage gefunden werden kann, nicht verschließen.

Au alle proletarischen Organisationen der Welt!

Proletarhundgebung der russischen Sozialdemokraten gegen die Unterdrückung Georgiens.

Die Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (Menscheviki) stellt fest:

1. dass Sowjetrußland die Unabhängigkeit der georgischen Republik anerkannt hatte;
2. dass das von Sozialdemokraten regierte Georgien keine Angriffspläne gegenüber Sowjetrußland habe bzw. hegen kann, und dass dieses kleine Land nie eine Gefahr für das umgehender große Rußland darstellen kann;
3. dass die Sowjetregierung, nachdem sie mit Hilfe ihrer Truppen in Aserbaidschan und Armenien den Umsturz vollendet hatte, der die tatsächliche Macht in diesen Ländern ihr in die Hände spielt, im Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensvertrages mit Georgien Verschwörungen unterstellt, die darauf abzielen, Georgien das gleiche Ende zu bereiten wie den erstgenannten Ländern;
4. dass die Sowjetregierung im Verfolge dieser Politik mit muslimischen und armenischen Nationalisten zusammenarbeitet, die in den in Betracht kommenden Gegenden mit gewaltiger Bevölkerung den Russen- und Völkerkrieg zwischen den einzelnen kaukasischen Nationen entfachen und verschärfen;
5. dass die infolge der geschilderten Politik entstandenen bewaffneten Konflikte von der Sowjetregierung zu dem Zweck ausgenutzt werden, um in Georgien ohne Kriegserklärung einzufallen;
6. dass diese Bedrohung der Unabhängigkeit Georgiens von allen russischen Reaktionären steuert begleitet wird, einerseits aus dem Grunde, weil die Sozialdemokraten Georgiens ungeachtet des mächtigen Drucks der Entente es immer abgelehnt haben, an den konterrevolutionären Feldzügen gegen Sowjetrußland teilzunehmen, andererseits, weil diese Bedrohung der Unabhängigkeit Georgiens durch Sowjetrußland alle von Rußland abgesallenen Randstaaten in die Arme der russischen und internationalen Gegneresolution wiedergejagen müssen;
7. dass die Entscheidung von Streitfragen zwischen zwei von Sozialisten regierten Staaten durch Wassermann eine unerhörte Blamage für den Sozialismus bedeutet, einen Bruch mit den elementaren Grundsätzen der internationalen Klassensolidarität darstellt, indem russische sozialistische Arbeiter gezwungen werden, auf georgische Arbeiter zu schielen, und einen nie wieder gutzumachenden Schaden der Sache der russischen und der internationalen Revolution anrichtet.

In Anbetracht dessen brandmarkt die S.-D. A.-P. Rußlands mit Entschließung den Überfall der Sowjettruppen auf Georgien und fordert alle proletarischen Organisationen der ganzen Welt auf, einen energischen Druck auf die russische Sowjetregierung auszuüben, um die bolschewistischen Machthaber zu zwingen, auf das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und die von ihnen selbst unterzeichneten Friedensverträge zu achten und die friedliche Republik der georgischen Arbeiter und Bauern in Ruhe zu lassen.

Berlin, den 3. März 1921.

Die Auslandsvertretung der S.-D. A.-P. Rußlands:
H. Abramowitsch, V. Martow.

Wir begrüßen diese Kundgebung und wünschen, dass unsere Partei sie unterstützt. Es wäre an wünschen gewesen, dass die Wiener Internationale Konferenz sie beschlossen hätte.

Protest der sozialistischen Partei in Paris.

Die Generalversammlung der Pariser Sektionen der französischen sozialistischen Partei nahm einstimmig am 27. Februar nachfolgende Protestresolution an:

Die französische sozialistische Partei erhebt scharfes Protest gegen den Überfall der Bolschewisten auf die georgische sozialistische Republik. Indem sie den Friedensvertrag verleugnet, der zwischen Georgien und Sowjetrußland bestand, überfielen die bolschewistischen Truppen Georgien ohne die mindeste Veranlassung von seiner Seite und bedrohten mit Tod und Krieg das georgische Volk, das nichts anderes wollte, als in Frieden und Freiheit zu leben. Dieser schamlose Überfall zeigt der ganzen Welt, mit welch einer unheilsvollen Gesinnung der Bolschewismus die Menschheit bedroht.

Die französische sozialistische Partei, die den Krieg verabscheut, brandmarkt diese neue Frevelstät der Bolschewisten, die die Erfüllung der Arbeiterschaft hervorufen wird.

Der Überfall auf Georgien.

Eine georgische Darstellung.

Berlin, 3. März. Bei der hierigen georgischen Gesellschaft sind nunmehr folgende Nachrichten über den Einbruch russischer Sowjettruppen in Georgien eingetroffen. Bei Bagrati (am Schwarzen Meer) überfielen uns gewaltige russische Heeresmassen. Die dortigen georgischen Truppen leisteten holdenhaften Widerstand, konnten aber den feindlichen Massen nicht halten gebieten und fielen bis auf den letzten Mann. Am 24. Februar drangen mächtige russische Streitkräfte von Süden nach Tiflis vor. Um Tiflis wird hartnäckig gekämpft. Am 25. überfielte die Regierung mit allen Lemtern nach Kutaisi. Die Eroberung der Bevölkerung, vor allem der Arbeiter und Bauern, über den verträglichen Überfall kennt keine Grenzen. Täglichlicherweise macht anfanglich den Verlust, bis zu 100000 Menschen, die Bevölkerung, die in Tiflis und den umliegenden Städten lebt, auf. Ebenso lüghaft ist die Behauptung, georgische Arbeiter und Bauern hätten Tiflis erobert, eine Sowjetrepublik ausgerufen und das Privatbesitz der Mitglieder des geistigen Kabinetts beschlagnahmt. Die Regierung von Georgien besteht nicht aus Kapitalisten und das Privatbesitz, das angeblich beschlagnahmt sein soll, besteht gar nicht.

Die Heerschau der Agrarier.

Der Wahloußall in Preußen, der den Aldeutschen einen verhältnismäßig bescheidenen Erfolg gebracht hat, hat sie unverhältnismäßig übermäßig gemacht. Sie fordern stürmisch den Eintritt in die Regierung, aber zumindest, da sie wissen, dass es damit winzig steht, das Ausscheiden der sozialdemokratischen Minister Braun und Seering, die ihnen trotz ihrer Willensfähigkeit der Reaktion gegenüber ein Dorn im Auge sind.

Und unter ihnen sind es wieder die Agrarier, die führen, dass sie wieder Oberwasser bekommen. Das erholt deutlich aus den Reden, die auf der in Berlin abgehaltenen Tagung des Reichslandbundes, wie die neue Bezeichnung des Bundes der Landwirte lautet, gehalten wurden. Obwohl es den Junttern und Bauern glänzend geht, obwohl ihnen Scheitelfeile zugeschanzt wird - sie wollen noch mehr, und deshalb schreien sie. Sie schreien nach weiteren Sondernotizen, nach noch höheren Getreidepreisen, sie fordern die Wiedereinführung aller früheren Befreiungen, sie verlangen die Auflösung der Obergrenze und die Rückkehr zur guten alten Zeit mit ihrer mittelalterlichen Gesindeordnung.

Es verleiht sich, dass sie mit der Tagung verbundene Versammlung im Zielus Busch eine Kundgebung gegen die Republik und für die Monarchie war, was auch dadurch zum Ausdruck kam, dass die beiden Hohenzoller-Prinzen August Wilhelm und Oskar als Ehrengäste der Versammlung beiwohnen.

Hauptredner war der Abgeordnete Dr. Noeske, der den Geschäftsbericht erstattete, wobei es manchen Sieg auf die jüngsten Verhältnisse unter einem entsprechenden Loblied auf die früheren absetzte. Besonders schlecht fanden der preußische Landwirtschaftsminister Braun und sein Kollege Seering weg, während der Reichsnährungsminister Hermann eine gute Jenus erhielt. Im übrigen verlangte Dr. Noeske vollständige Befreiung auch des letzten Restes der Zwangswirtschaft, Rücksicht zur freien Wirtschaft und Schutz des Eigentums.

Über die Entwicklung des Reichs-Landbundes referierte der Reichstagsabgeordnete Hepp, der sich aber wenig mit der Entwicklung des Reichs-Landbundes beschäftigte, als vielmehr eine patriotische Pause hielt, wobei er das Landvolk als die besten Verbündeten an der Front bezeichnete, "siegreich bis zu dem Tag, da die Gewalten in seinem Süden im Bunde mit dem Feinde an der Front ihm das Schwert zerbrachen". Wir wollen uns mit dieser Geschichtskritik nicht des längeren auseinandersetzen, sondern nur auf die Konstatierung der Tatsache beschränken, dass der deutsche Bauer lieber hinter der Front seinen Auer bestellte, als an der Front kämpfte. Auch auf die gegenwärtigen Verhandlungen in London spielt Herr Hepp an und damit war der geeignete Boden geschaffen für das Lied Deutschland, Deutschland über alles.

Die interessanteste Rede hielt der Landwirt Gauget. Besonders: Er sagte den Herren Junttern, die vom Genossenschaftswesen nichts wissen wollen, weil die Nähe der Bauern ihnen fremd sind, die im Auto am Bauer vorüberjauen, bittere Wahrheiten, klug auch über die Gedankenlosigkeit der agrarischen Wanderredner, die nur eine Walze haben, ja er sagte, dass unter den "Führern" der Landwirte nur ganz wenige sind, die ein Programm haben.

Verschiedene Entschließungen wurden angenommen; eine紹介 of den Vertretern Deutschlands in London, "die Ablehnung der gegnerischen Raubsforderungen", eine zweite die Befreiung des Landwirtschaftsministers Braun, eine dritte die Aufhebung der Zwangswirtschaft und die Erhaltung eines erträglichen (1) Breitpreises, eine vierte Entschließung stellt einen Sammelstraf an das deutsche Landvolk dar, dem Reichs-Landbund beizutreten.

Es kann niemanden verwundern, dass die Agrarier so erpicht darauf sind, dass die Entente die Zwangsmahnahmen in Kraft treten lässt: der Todesstoß, der dadurch der deutschen Industrie verkehrt wird, trifft nicht sie, im Gegenteil, je tiefer es mit dem Stadtwall bergab geht, desto mehr wächst die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit der Städter von ihnen.

Die erhöhten Eisenbahnsahrpreise.

Von den Eisenbahndirektionen werden einzelnen Dienststellen die Durchführungsbestimmungen für die neuen Tarifentitäten bekanntgegeben. Danach werden die erhöhten Fahrpreise endgültig am 1. Juni in Kraft treten. Die neuen Fahrpreise betragen in der 1. Klasse 58,5, in der 2. Klasse 32,5, in der 3. Klasse 19,5, in der 4. Klasse 13 Pfg. für ein Kilometer, während der Preis für die Beförderung von Hundten auf 10 Pfg. je Kilometer festgelegt wird. Die nach diesen Einheitswerten errechneten Fahrpreise sollen nach oben abgerundet werden, und zwar bei Fahrpreisen bis zu 5 M. auf volle 10 Pfg., über 5 M. bis zu 10 M. auf die nächsten 5 Pfg. und bei Fahrpreisen über 10 M. auf ganze Markt. Daneben werden auch noch im Personenverkehr Mindestpreise eingeführt, die für die 1. Wagenklasse auf 8 M. für die 2. Klasse auf 1,70 M., für die 3. Klasse auf 1 M., für die 4. Klasse auf 70 Pfg. und für Hunde auf 1 M. festgelegt worden ist. Die Schnellzugzuschläge werden durch die neue Erhöhung in folgendem Umfang unter Beibehaltung der bisherigen Dreijonen-Tarifstrecken geändert: Die 1. Zone (bis zu Entfernen von 75 Kilometer) in der 1. und 2. Klasse 8 M. und in der 3. Klasse 4 M., in der 2. Zone (Entfernen von 76 bis 150 Kilometer) 16 M. 1. und 2. Klasse und 8 M. 3. Klasse, und die Karten für die 3. Zone (Entfernen über 150 Kilometer) 24 M. 1. und 2. Klasse und 12 M. in der 3. Klasse. Die Preise für die Bahntickets und Karten (50 Pfg.), sowie für Nachläßkarten werden nicht erhöht. Die übrigen Sätze für Monats- und Wochentickets, Arbeitertarifzettelkarten, sowie die Sätze für Gepäck und Gepäckzettel ebenfalls erhöht werden. Die Einzelzettel des Fernverkehrs werden durch Abstempeln mit den neuen Fahrpreisen für die Zeit nach dem 1. Juni gültig gemacht.

Durch die immer höher steigenden Fahrpreise wird das Reisen selbst in den unteren Klassen immer mehr zu einem Luxus, den sich nur noch wohlhabende Kreise gestatten können. Die arbeitende, minderwertige Bevölkerung wird in Zukunft überhaupt kaum noch die Eisenbahn benutzen können. Gleichzeitig wird das gesamte Wirtschaftsleben durch die fortgesetzten Tarifsteigerungen immer wieder aufs neue belastet. So sieht der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens nach kapitalistischen Grundsätzen durch die "Regierung des Wiederaufbaus" in der Praxis aus.

Der neue Schlarz-Projekt.

7. Tag.

Zeuge Thadewald, mit dessen Vernehmung der siebente Tag beginnt, war seinerzeit Referent bei der Intendantur. Er erklärt, dass der Zuschlag von 10 bis 12 Prozent auf die Rechnungsumrechnung der Deutung eisiger Gewichtsverluste vorgenommen worden sei. Nicht der Fiskus sei hierbei geistig abgeleitet worden, sondern höchstens die laufenden Soldaten. Von der Teilung der angewiesenen Beträge habe er Kenntnis gehabt, dabei aber nichts Auffälliges gefunden.

Der nächste Zeuge ist Intendanturk. Küthe. Er sagt aus, dass die Verpflegung bei dem Corps damals sehr schlecht gewesen und darum die Errichtung einer Marktentreppe ins Auge gesetzt worden sei. Durch den Oberquartiermeister Major Wittling will Küthe dann auf den von Noose warm empfohlenen Georg Schlarz aufmerksam gemacht worden sein. Rechtsanwalt Grüttner erinnert den Zeugen an einen Brief Sonnenfelds, durch den der Zeuge auf Unregelmäßigkeiten und Überverteilungen hingewiesen worden ist und frage, ob der Zeuge diesen Angaben nachgegangen sei. Hierauf entgegnet der Zeuge, dass damals sonst über Schlarz und andre geschimpft wurde, das er auf diese Verdächtigungen nichts geben konnte. Die Hauptthese war, dass geliefert wurde, das Geld spielt gar keine Rolle.

Als dann kommen noch die verschiedenen Konten zur Sprache, die Sonnenfeld auf den Namen verschiedener Kommissionen gehöriger hatte anlegen lassen. Aus den vorgelegten Auszügen ergibt sich, dass fast allwöchentlich Überweisungen im Betrage von 40000 M. erfolgten. Sonnenfelds Vater versucht dies mit "neuerlichen Absichten" zu erklären.

Darauf erfolgt Verlogung auf Freitag.

Die Unruhen in Rußland.

Gang der Kämpfe in Petersburg?

Rosenbogen, 5. März. Politiken melden: Über Neval sind neue alarmierende Nachrichten aus Petersburg eingegangen, wonach die Matrosen von Kronstadt, ungefähr 40000 Mann (?), einen neuen Aufstand hervorgerufen haben. Die Festigungswerke und das Schloss befinden sich nach Meldungen, die der estnische Minister des Auswärtigen erhalten hat, in den Händen des Revolutionskomites.

O. E. Terloff, 4. März. In Anbetracht der alarmierenden Nachrichten aus Sowjetrußland hat sich der Helsingforser Berichterstatter des Ost-Expreß an die russische Grenze begeben. Hier, in nächster Nähe von Petersburg, konnte festgestellt werden, dass der 2. März in Petersburg ruhig verlaufen ist. Am 3. März war die Verbindung mit Petersburg und Kronstadt unterbrochen. Die Kronstädter Matrosen haben einen hervorragenden Regierungsvorstand verhaftet, der erschienen war, um die Matrosen zur Einhaltung der Unruhen zu ermahnen. Die Matrosen haben politische Forderungen aufgestellt. Die Nachricht, dass Verhandlungen zw. Kronstadt und der Küstenfestung Krasnoj Gorka gemeinsam vorbereitet werden sollten, konnte bisher nicht nachgewiesen werden. Es wird bestätigt, dass es während der Petersburger Unruhen im Stadtteil Wasilitostrow und in der Wilzower Vorstadt zu blutigen Zusammenstößen gekommen ist. Ferner wird berichtet, dass Abordnungen von Arbeitern in die Sowjetbehörden eindrangen und von den Angestellten die Arbeitseinstellung forderten. Ein Angestellter des Petersburger Volkswohlfahrtsrates, der diese Nachricht hierher gebracht hat, erzählt, dass die Sowjetregierung von den Angestellten der Behörden die Unterzeichnung eines Revoltes verlangt, der sie zur Fortsetzung der Arbeit verhindert; währendfalls wird mit strengen Strafen gedroht. Die Arbeiterschaften waren der Sowjetregierung ihre Unfähigkeit, das Land zu regieren, vor und erklärt, dass sie die Einberufung einer Konstituante durchsetzen, bis dahin aber ein temporäres Komitee bildeten würden, welches die Regierung zu übernehmen hatte. Eine aktive Rolle bei der Unterdrückung der Unruhen haben Truppenstaffeln gespielt, die in einer Stärke von 5000 Mann aus der Umgebung Petersburgs herangezogen wurden. Es traten Maschinengewehre in Aktion. Die Arbeiter sind in der Mehrzahl ohne Waffen. Die tägliche Evakuierung übersteigt gegenwärtig selbst für besonders privilegierte Personen nicht mehr als ein halbes Hundert. Während der Unruhen überfielen auf der Nikolai-Brücke Volkshäuser mit Brot, Sowjetausländern wurden verhaftet. Petersburg steht vor der vollständigen Einklemmung jeder Art.

Stockholm, 6. März. Laut Meldung des Finanzministers befindet sich Petersburg in den Händen der Sowjetregierung. Die nach Petersburg abkommandierten Truppen sind jedoch nicht zuverlässig. Die Zahl der Aufständischen wächst daher fortwährend. Aus unzuverlässiger Quelle verlautet, dass Stomiew aus der Petersburger Festung die Operationen gegen die Aufständischen leitet. Die drei Unterhändler, die am Donnerstag von Kronstadt nach Petersburg abgekommen sind, sind verhaftet worden. Die beiden Verbindlichkeiten in Kronstadt sind General Koslowksi und die Offiziere Brusler und Turinow.

Neval, 4. März. Die Moskauer Regierung wendet sich mit Aufrufen gegen die Sozialrevolutionäre und Menscheviki, in denen sie die Agenten der Londoner und Pariser Börsenmakler nennt. Ein Regierungsauftritt fordert vom großen Mangel an Lebensmitteln in den Städten und fordert, dass die Städte sich durch Anlage städtischer Gärten durch eigene Kraft helfen.

Eine amtliche Bestätigung der Meldungen über die Unruhen?

London, 5. März. Die Sowjetregierung gibt in einem in London soeben aufgefangenen Funkspruch zum ersten Male zu, dass die Russischen Unruhen ausgebrochen seien. Der Funkspruch erklärt, dass kein Zweifel mehr darüber bestehen könne, dass der Aufstand des Generals Koslowksi von Entente-Seite angezettelt worden sei. Hierzu kommt noch eine Meldung aus Helsingfors, wonach der Aufstand in Moskau nach erbitterten Kämpfen niedergeschlagen worden sei.

Die Wiener Rosta meldet: Die verschiedenen gegenrevolutionären Telegraphenagenturen verbreiten die alarmierendsten Nachrichten über die Zustände in Sowjetrußland und über angebliche Aufstände in Moskau und Petrograd. Russland durchlebt augenblicklich eine schwere Krise in der Lebensmittel- und Brennstoffversorgung, die von den gegenrevolutionären Sozialrevolutionären und Menschewiken für ihre Parteizwecke unter der Arbeiterschaft stark ausgeschrotet wird. Diese Leute stehen erweiseinermaßen mit ausländischen gegenrevolutionären und französischen Agenten in enger Verbindung. Diesen dunklen Elementen ist es gelungen, ausführlich unter einigen Teilen der Kronstädter Matrosen vorübergehende Unruhen hervorzurufen, in deren Vordergrund der zaristische General Koslowksi steht.

O. E. Die eben in Berlin eingetroffenen Moskauer Zeitungen vom 24. und 25. Februar enthalten nicht die geringste Mitteilung über die Ereignisse in Moskau und Petersburg. Um so mehr fällt der Bericht des Moskauer Brauwa vom 25. Februar auf, wonin die Lage als "unangenehm schwierig" bezeichnet wird, da die Arbeiter- und Bauernmassen im Kampf mit dem Hunger, dem Verfall und der Kälte nicht die gleiche Ausdauer beibehalten wie im militärischen Kampf gegen ihre Klassenfeinde. Die Freunde der Sowjetrepublik benutzen diesen Umstand, um die Arbeiter zu unterstellten Forderungen zu bewegen. Das Blatt fordert die Arbeiter auf, für Reinhaltung über den Ursprung dieser Verhinderung zu geben und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Betreiber der betreffenden wirtschaftlichen Betrieben und ihre Abgeordneten in den Gewerkschaften und Sowjets zu befragen, bevor sie Forderungen aussetzen. Nur auf diese Weise könne ein Ausweg gefunden werden.

Sturmzonen in der französischen Kammer.

Socialisten und Kommunisten gegen den französischen Imperialismus.

Paris, 4. März. Die Kammer er besprach den Gesetzentwurf betreffend die Einberufung der Jahrestasse 1921. Der Sozialist Boncourt begründete einen Gegenentwurf, der die Verkürzung des Militärdienstes auf ein Jahr schon von jetzt ab beabsichtigt. Kriegsminister Barthou lehnte den sozialistischen Gegenentwurf ab und bemerkte, dass dieser nur 190 000 ausgebildete Soldaten ergeben würde, während allein am Rhein und im Auslandes 140 000 erforderlich seien. Der sozialistische Gegenentwurf wurde darauf mit 407 gegen 146 Stimmen abgelehnt.

Blum verfasst eine Erklärung der sozialistischen Gruppe, die die Verantwortung für die Folgen der europäischen Politik der Regierung ablehnt. Renaud verfasst eine kommunistische, noch härter gehaltene Erklärung, in der es heißt, dass man die Urheber

ischen Imperialismus bewohne. Die ganze Kammer mit Ausnahme der Kommunisten geriet in lebhaften Zorn. Der Redner wurde zur Ordnung gerufen. Barthou steigt auf die Tribüne. Er protestiert energisch gegen die von dem kommunistischen Redner gesprochenen Worte. Es sei eine Beleidigung, die man nicht hinnehmen dürfe, denn über ihre Personen hinaus richte sie sich gegen Frankreich.

Paris, 5. März. Im Laufe der gestrigen Kammerdebatte stellte General Castelnau die Frage, wie die augenblickliche Lage Frankreichs sei. Wir nähren keine aggressiven Gefühle gegen Deutschland. Wir verlangen nur, was es uns schuldig ist. Wir wollen nicht zur Gewalt zurückkehren. Aber wenn Deutschland uns zum Neukriegen zwingt, dann muß es wissen, daß, wenn wir einmal dort sind, wir nicht ohne Garantien das Retourbillett lösen werden. Die Heereskommission verteidigt den Standpunkt, daß die Stunde noch nicht gekommen sei, die militärische Schraube zu lösen.

Ein großer tumult entstand, als der kommunistische Abgeordnete Jean Renaud, ein Kriegsverleger, einen Protest der kommunistischen Gruppe verlas, in dem er den antimilitaristischen Standpunkt zum Ausdruck brachte. Hergegen wandte sich Kriegsminister Barthou. Der kommunistische Protest sei eine Schande, er sei das Echo der von Minister Simons jenseits des Rheins unternommene Kampagne.

Bor dem Ende des polnischen Streiks.

Warschau, 4. März. O. E. Die meisten Zeitungen sind wieder erschienen, die Warschauer Straßenbahn hat ihren Betrieb teilweise wieder aufgenommen. Auf den Eisenbahnen streiken ebenfalls nur noch die Arbeiter der Werkstätten. In Seimkreisen wird auf eine Lösung des Konflikts der Regierung mit der sozialistischen Arbeiterschaft hingearbeitet, die darunter erfasst soll, daß die Regierung ihre Maßnahmen gegen den Streik rückgängig machen soll, und zwar mit der Begründung, daß sie angelebt der tatsächlichen Beendigung des Streiks unnötig erledigt. Um eine Auflösung der Lage zu verhindern, ist in der letzten Sitzung verabredet worden, die Streikfrage garnicht zur Sprache zu bringen. Dennoch läuft sich die gespannte Stimmung in Tumulten während der Sitzung aus. Die Sozialisten brachten eine Interpellation wegen der Konfiskation einer sozialistischen Zeitschrift ein, was zu lärmenden Austritten im Parlament führte, an denen der frühere Botschafter Daczinski besonderen Anteil nahm.

Keine Volksabstimmung im Wilnaer Gebiet?

Kowno, 4. März. Wie die Litauische Telegraphen-Agentur meldet, hat nach aus Paris eingegangenen Meldungen die Kommission des Völkerbundes zur Schlichtung des litauisch-polnischen Konflikts in ihrer Sitzung vom 2. März den früheren Befehl, in Wilna ein Plebisit vorzunehmen, abgeändert. Es sollen nunmehr zwischen Polen und Litauen unter Aufsicht des Völkerbundes und unter Vorbehalt von Rumänien in Brüssel direkte Verhandlungen stattfinden, bis ein Abkommen erreicht ist. In der umstrittenen Zone bleibt ein Kontingent von nicht mehr als 15 000 polnischen Soldaten. Die Armee Jelgowsky wird in die polnische Armee eingereiht. Litauen soll auf dieser Front nur zwei Divisionen halten, der Rest soll in das Landesinnere zurückgeführt werden. Die Verwaltung bleibt unter Kontrolle des Völkerbundes.

Die Orientfrage.

London, 5. März. Morning Post erfährt, daß die Londoner Konferenz beschlossen habe, unter gewissen Bedingungen den Besluß, eine Unternehmungskommission nach Smyrna zu entsenden, infolge der griechischen und der türkischen Weigerung, die Grundsätze der Kommission unbedingt anzunehmen, zu widerstreiten. Es wird vorgeschlagen, daß Griechenland der Nukleus Jugoslawiens machen sollte, wie z. B. die Errichtung eines autonomen Regimes für Smyrna, das die Interessen der Christen wahre.

Deutschland.

Die Schließung der Kieler Festungswerke.

Wie die T-U. aus Kiel meldet, soll die Schließung der Kieler Festungswerke nach der Forderung der Alliierten restlos durchgeführt werden. Alles, was militärischen Wert in den Forts habe, ist in den letzten zwei Jahren beseitigt und die Geschütze und Panzerungen vernichtet worden. Jetzt fordert die Entente auch die Beseitigung der baulichen und andern Einrichtungen, die zur Schüttung der Festungsgräben, die Beseitigung der Wälle und Kastellmatten und die Niederlegung der Käfernen innerhalb der Forts. Über die neuen Forderungen schwelen noch Verhandlungen.

Amnestie im besetzten Gebiet. Nach einer Meldung aus Koblenz beabsichtigen die amerikanischen Besatzungsbehörden einen Ausschuß aus einem höheren deutschen und zwei höheren amerikanischen Beamten einzurichten, der den Amnestieerlaß für verurteilte Deutsche prüfen soll. Die amerikanische Besatzungsbehörde ist der Ansicht, daß bei Übertretung der Vorschriften oft nur Unüberlegtheit maßgebend gewesen sei.

1½ Milliarden für Bergarbeiterwohnungen. Der Reichsarbeitsminister verlangt zur Herstellung von Bergmannswohnungen mit Rücksicht auf das Abkommen von Spa 1½ Milliarden Mark, deren Tilgung und Vergütung aus den besondern Kohlenabgabe für Bergmannswohnungen bestreitet werden sollen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die Ausweitung der Sowjetvertreter aus Amerika rückgängig gemacht.

Die amerikanische Regierung hat die gegen die Vertreter der russischen Sowjetrepublik, Martens und Weinstein, erlassenen Haft- und Ausweisungsverordnungen mit der Verbindung rückgängig gemacht, doch Martens und Weinstein die Besiegten Staaten aus freien Städten verlassen hätten. Die Mitteilung darüber hat Martens bereits in Moskau erreicht. Diese Maßnahme wird durch das Bestreben der ausländstretenden Regierung erklärt, der neuen Hardings-Regierung für die Gestaltung ihrer Beziehungen zu Sowjetrußland freie Hand zu lassen.

Lebensmittelzulieferungen in Athen. Nach einer Meldung des Petit Parisien aus Athen ist es am Schluss einer Protestversammlung gegen die Lebensmittelsteuerung zu Unruhen gekommen. Die Arbeiter von Velos haben mehrere Bauten sowie Läden und Privathäuser angegriffen. Die Unruhen, die 5 Stunden dauerten, hätten einen Zusammenhang mit den Truppen herverufen, der mehrere Opfer gefordert habe.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Forderungen der deutschen Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der mit den maßgebenden Stellen im Reihe in den letzten Wochen wiederholt über eine Abhilfe der großen Arbeitslosigkeit in Deutschland verhandelt hat, veröffentlicht jetzt die nachstehenden formulierten Forderungen, die er an die Reichsregierung gestellt hat. Der größte Teil dieser Forderungen war schon Gegenstand der erwähnten seitherigen Verhandlungen, deren Verlauf, wie der gewerkschaftliche Nachrichtendienst schreibt, zu der Hoffnung bereiteten, daß sie nach Möglichkeit Berücksichtigung finden werden, weil auch die Regierung sich den Ernstes der Lage bewußt zu sein scheine. Das Schreiben des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Reichsregierung, worin er seine Forderungen zusammengefaßt nochmals unterbreitet hat, datiert vom 26. Februar und gipfelt in folgenden

Forderungen:

1. Sofortige Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten in weitestem Umfang. In erster Linie sind die für die öffentlichen Verkehrsbetriebe erforderlichen Erneuerungsarbeiten ohne jeden Verzug in Auftrag zu geben. Die Mittel für weitere öffentliche Arbeiten sind schleunigst bereitzustellen.

2. Bei der Vergabe dieser Aufträge sind die von der größten Arbeitslosigkeit betroffenen Bezirke in erster Linie zu berücksichtigen. Den Unternehmern ist die Verpflichtung auferlegen, entsprechend der Größe des jeweiligen Auftrags Arbeitslose einzustellen. Zu diesem Zweck ist, soweit dies technisch durchführbar ist, eine verkürzte Arbeitszeit einzuführen oder diese beizubehalten, soweit sie bereits besteht. Wo durch Schichtwechsel mit verkürzter Arbeitszeit die doppelte Arbeitszahl benötigt werden kann, ist eine solche Bedingung bei Uebertragung öffentlicher Aufträge vorzuschreiben.

3. Soweit die vorhandenen Betriebe einzelner Industriezweige nicht ausreichen, bestimmte Arten der verfügbaren Aufträge allein auszuführen, ist zum Zweck der Unterbringung der Arbeitslosen ein entsprechender Teil dieser Aufträge an geeignete andere Betriebe zu vergeben. Rüttigens ist die Umstellung von Betrieben zur Herstellung dieser Arbeiten sofort zu veranlassen.

4. Alle Arbeitsaufträge der öffentlichen Verwaltungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden sind als Notstandsarbeiten zu erklären, bei denen der Unternehmer gezwungen auf ein den Verhältnissen angemessenes Höchstmaß zu bedenken ist. Den Arbeitern sind, um Arbeitsstreitigkeiten möglichst zu vermeiden die Tariflöschung sicherzustellen.

5. Zur Mitbestimmung bei der Regelung der Auftragsvergabe, soweit es sich um die in Ziffer 2-4 vorbereiteten Verpflichtungen handelt, sind Vertreter der Gewerkschaften einzuladen.

6. Wo es auf keinem andern Wege möglich ist, den Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen, ist zu verlangen, daß allgemein, also auch für private Aufträge, die Arbeitszeit der noch voll beschäftigten verkürzt und nach Möglichkeit Schichtwechsel eingeführt wird. Die leichten Vollbeschäftigung werden zu diesem Zweck an die gänglich Arbeitslosen bereit sein, wenn die in Ziffer 7 folgende Forderung erfüllt wird.

7. Allen Kurzarbeitern ist der bei der verkürzten Arbeitszeit entstehende Lohnausfall zu zwei Dritteln von den Arbeitgebern zu ersehen. Das Reich und die Länder übernehmen die Hälfte der den Arbeitgebern hieraus erwachsenen Kosten auf die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Diese Maßnahme kann aber nur eine vorübergehende und nicht von langer Dauer sein, sondern es muß mit Hinblick auf die Existenzmöglichkeit der Kurzarbeiter in der jetzigen teuren Zeit alles aufgewendet werden, um die Kurzarbeit baldig wieder in Vollarbeit umzuwandeln.

8. Zur Beseitigung des Baugewerbes durch Bereitstellung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau ist mit grüner Eile als bisher zu betreiben. Als Ziel aller Maßnahmen auf diesem Gebiete hat in erster Linie und noch vor der Bekämpfung der Wohnungsnot die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu gelten.

9. Für diejenigen Arbeitslosen, denen auch durch die Erfüllung vorstehender Forderungen keine Arbeit verschafft werden kann, ist eine weitgehende, den Teuerungsverhältnissen angemessene Erhöhung der laufenden Unterstützung zu beschließen, damit diese Arbeitslosen mit ihren Familien vor dem Verhungern geschützt werden. Zu dem gleichen Zweck ist die Schulspeisung für Kinder unbemittelten Eltern einzuführen und auszubauen.

10. Damit aus der Durchführung vorstehender Maßnahmen keine weitere Steigerung der Inflation eintrete, wird mit allem Nachdruck die sofortige Einhebung aller Belegschaftssteuern verlangt.

Mit diesen Forderungen kann man sich einverstanden erklären. Regierung und Unternehmer können nicht die Ausrede gebrauchen, daß die Gewerkschaften unerlässliche Forderungen gestellt haben. Bei nur einigermaßen gutem Willen sind die Vorschläge zu verwirklichen, ohne daß der Bestand der kapitalistischen Wirtschaft selber gefährdet wird. Dies vorausgeschickt, wollen wir doch betonen, daß wir uns keinen Augenblick der Illusion hingeben, als ob nun die Unternehmer gutwillig drauzingen, das Arbeitslosenproblem zu lösen. Nur der härteste Klassenkampf wird sie zu Zugeständnissen bringen. Vergessen wir nicht, daß die Unternehmer ein sehr großes Interesse daran haben, daß eine zahlreiche industrielle Reservearmee erhalten bleibt, die sie dazu benutzen können, die Löhne der Arbeitenden niedrig zu halten und auf die sie jederzeit die Erweiterung der Produktion zurückgreifen können. Das zeigt uns gleichzeitig recht deutlich, daß das Arbeitslosenproblem eine Angelegenheit der gesamten Arbeiterschaft ist und nur mit der kapitalistischen Wirtschaftswelt selber beendet werden kann. Trotzdem steht sich das Los der Arbeitslosen durch Verwirklichung der Forderungen wesentlich erleichtert.

Es ist eine Illusion, wenn die Leitung des ADGB annimmt, daß die Regierung die Forderungen berücksichtigen wird. Solange die Regierung immer wieder gestuft wird von der Partei, zu der sich die Leiter des ADGB in ihrer Mehrheit bekennen, nämlich den Rechtssocialisten, solange noch immer in den Arbeitsgemeinschaften die Verjährung der Klassen praktisch verläuft wird, solange wird es weder Regierung noch Unternehmertum einfallen, ernsthafte Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit zu treffen, es sei denn auf Kosten der Arbeiterschaft selber. Wenn die Rechtssocialisten nicht bei jeder Gelegenheit vor dem Stirnrunzel der Stimmzettel in die Knie sinken würden, hätte bisher gewiß schon manches von den gestellten Forderungen verwirklicht werden können. Nur wenn die Arbeiterschaft fest und einig zusammensteht, sich weder gegenseitig im zwecklosen Bruderkampf aufreißt, noch mit dem kapitalistischen Unternehmertum siebzögelt, kann sie den Sozialismus erringen und damit auch das Arbeitslosenproblem lösen.

Die Ablehnung der Einheitsorganisation durch die Generalversammlung des Bundes der Hotels, Restaurants- und Cafés-Angestellten und ihre Folgen.

Die vom 3. bis 5. Februar abgehaltene außerordentliche Generalversammlung des Bundes der Hotels, Restaurants- und Cafés-Angestellten in Braunschweig lehnt den Anschluß an die Einheitsorganisation, den Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Cafés-Angestellten mit 7436 gegen 6491 Stimmen ab. 3 Delegierte mit 786 Stimmen enthielten sich der Abstimmung. Eine statutäre Zweidrittelmehrheit, die zum Anschluß notwendig ist, war also nicht vorhanden.

Mit dieser Ablehnung hat sich der Bund der Hotel-, Restaurant- und Cafés-Angestellten außerhalb der freien Gewerkschaften gestellt und kann nicht mehr den Anspruch erheben, in Zukunft als freie Gewerkschaft zu gelten. Die Zulassung des Bundes der Hotel-, Restaurant- und Cafés-Angestellten gelahnt nur mit Einwilligung des damaligen Verbandes der Gastronomie und unter der Voraussetzung, wie die auf der Generalversammlung des "Gewerkschaftsverbands" im Oktober 1919 in Elsenach unterzeichnete Erklärung ausdrücklich besagt hat, daß der Einheitsverband auftrete. Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Cafés-Angestellten hat deshalb auch beim Vorstand des ADGB den Anschluß des Bundes der Hotels, Restaurants- und Cafés-Angestellten gegen den freien Gewerkschaften beantragt, der in den nächsten Tagen ebenfalls auch erfolgen wird.

Es gibt demnach von jetzt ab nur eine freie gewerkschaftliche Organisation der Angestellten im Hotel-, Restaurant- und Kaffeehausgewerbe und das ist der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Cafés-Angestellten mit dem Sitz seiner Hauptverwaltung in Berlin N 24, Elsässer Straße 88/89.

Wir erfreuen alle Gewerkschaftsgenossen, dieses beachten zu wollen.

Holzarbeiterverband.

Den Kommunisten ist es gelungen, bei den Wahlen der Karlsruher von sechs Mandaten vier zu erlangen, obgleich das Börslein Kommunisten im Holzarbeiterverband hierzu in geringem Verhältnis steht. Bei den Holzarbeitern ist bisher bei der Auswahl der Personen für Vertrauensposten nicht nach der Partizipationsrecht getragt worden, sondern man hat immer die verschiedenen Branchen der Holzindustrie berücksichtigt. Nachdem aber die kommunistische Partei ihre Mitglieder verpflichtet hat, in den Gewerkschaften möglichst alle Vertragsposten zu besetzen und die bisherigen Führer zu befehligen, um die Gewerkschaften der Moskauer Internationale unterstellen zu können, ist es Wille jedes Gewerkschafters, sich die Frage vorzulegen, ob er diesen Schritt mitzumachen gewillt ist.

Da die Anhänger der Moskauer Richtung bei ihrer Tätigkeit nicht nach eigener Überzeugung, sondern nach den Anweisungen aus Moskau zu handeln haben, können sie für gewerkschaftliche Vertragsposten nicht mehr in Frage kommen. Die Mitglieder der hiesigen Zahlstelle haben bei den Wahlen zur Ortsverwaltung gezeigt, daß sie die zerstörende Tätigkeit der kommunistischen Gewerkschaften nicht ausstehen möchten. Soll die Tätigkeit der Zahlstelle nicht weiter durch unfruchtbare Debatte und Streitereien unterbunden werden, dann ist es notwendig, daß auch bei den bevorstehenden Wahlen zum Verbandsstag und Haupttag alle Mitglieder rechtslos in der Versammlung erscheinen und der Einfluß dieser Macht auf das Maß herabgedrückt wird, welches ihrer Stärke entspricht.

In einer am 2. März stattgefundenen Versammlung der Betriebsräte und Delegierten wurde zur Kandidatenfrage für den Verbandsstag und Haupttag Stellung genommen und eine Reihe erprobter Gewerkschaftsfolger als Kandidaten für den Verbandsstag und Haupttag aufgestellt. Während man von kommunistischer Seite mit Vorbehalt sonst schnell zur Hand ist, schwieg man sich hier vollständig aus, die Regie hatte offenbar versagt oder man beabsichtigt, die Mitgliederversammlung am 9. März damit zu überrumpeln und hofft bei schwachem Befall mit seinen Mannen die Macht zu erreichen und die kommunistische Linie durchzusetzen. Kollegen und Kolleginnen, erachtet deshalb in Massen und zuletzt diesen Gewerkschaftsparteien, daß ihr nicht gewillt sei, eure Organisation zerschlagen zu lassen.

Der Reichstarifvertrag für die Versicherungs-Angestellten

wurde am 3. März 1921 von den Parteien unterzeichnet. Er weilt in der jetzt vorliegenden Form noch einige Abweichungen auf. In der bisherigen Form ist er noch dem Inhalt der Schiedsinstanz in der Nr. 3 der Zeitschrift für die Versicherungs-Angestellten, bearbeitet des Zentralverbandes der Angestellten, verantwortlich zu bezeichnen. In der nächsten Nummer dieser Zeitung werden sämtliche Änderungen zum Ablauf gebracht. Versicherungs-Angestellte, abonnieren eure freigewerkschaftliche Fachzeitschrift, Sonderdruck des Reichstarifvertrages in Olympiaform und durch die Geschäftsstelle des Zentralverbandes der Angestellten, Leipzig, Kraatzstr. 17, zu beziehen.

Zentralverband der Angestellten, Bezirk Leipzig.

Nach einer vorläufigen Zählung wurden abgegeben 8320 Stimmen für die Liste Teichgräber und 5624 Stimmen für die Liste Viehberater. Die Resultate von zwei kleinen Listen stehen noch aus, werden aber am Gesamtergebnis nichts ändern.

Zur Lohnbewegung der Musiker.

Der Nachschlag in der Sonnenblumennummer der L-B. hat zu Missverständnissen Anlaß gegeben. Wir stellen fest, daß der Sozialrabenverband auf die Note vom Freitag eine Zuschrift an die Redaktion der L-B. gerichtet hat, in der er eine falsche Darstellung der Lohnverhältnisse der Musiker gab, im übrigen aber die Schilderung des deutschen Musikerverbandes bestätigte. Letzteres ist dann von der Redaktion der L-B. in dem Nachschlag festgestellt worden. Die Darstellung der L-B. ist die Lohnverhältnisse der Musiker verdeckt, so daß sie nicht in anderen Orten den Wagen keine Lebensmittel aufnehmen werden können. Die Direktion der Mitropa ihrerseits hat sämtlichen Angestellten zu Montag früh gefordert, falls bis dahin die Arbeit nicht wieder aufgenommen werden sollte.

Deutscher Musikerverband, Ortsverwaltung Leipzig.

Redaktion der Leipzig-Volkszeitung.

Die Einigungsverhandlungen in der Herrenkonfession haben nach vierwöchigem Streit zu Vereinbarungen geführt, die den beiderlei Standpunkten Rechnung tragen und wichtigen Wünschen der Arbeiterschaft entgegenkommen. Die Tarifkommissionen werden die Wiederaufnahme der Arbeit bis Mitte nächster Woche empfohlen.

Achtung, Steinholzleger!

Die Firma Collamentwerke in Köln ist wegen Differenzen gesperrt.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Streik bei der "Mitropa".
Die Berliner Angestellten der mitteleuropäischen Speisewagen-gesellschaft sind wegen nichterfüllter Lohnforderungen in den Streik getreten. Der Streik hatte zur Folge, daß die Züge vom Siettiner und Schlesischen Bahnhof in Berlin keine Speisewagen mitnahmen. Die Züge vom Andauer Bahnhof aus nahmen zwar Speisewagen mit, aber ohne Vorrate. Sie sollen unterwegs Proviant aufnehmen. Nach Angabe der Streikleitung ist jedoch in sämtlichen neun Niederlagen sich das Los der Arbeitslosen durch Verwirklichung der Forderungen wesentlich erleichtert.

Niederlage der Kommunisten in Italien!
Vom 26. Februar bis 1. März tagte in Livorno der italienische Gewerkschaftskongress. Die Sitzungen verliefen oft außerordentlich stürmisch und endeten mit der Annahme des von der Verbandsleitung vorgelegten Antrags. Die Annahme erfolgte mit 1430 873 gegen 422 564 Stimmen bei 17 371 Stimmabstimmungen. Dieses Abstimmungsergebnis bedeutet für die italienischen Kommunisten eine geradezu katastrophale Niederlage.

Der Hamburger Hasenarbeiterstreik ist beendet. In der Urabstimmung wurden 3091 Stimmen für, 2064 gegen den Ausstand abgegeben. Die Arbeit ist in weitem Umfang wieder aufgenommen worden.

Der Ausstand im Budapesti Buchdruckergewerbe ist beigelegt. Die Scher haben die Arbeit wieder aufgenommen. Die Verhandlungen über die Lohnfrage werden nunmehr fortgesetzt.

Bon, Nah und Peru.

Grubenbrand in Oberösterreich.

Das gute Tiebeck Bier 8%

Neues Theater.

Ringtheaterplatz. (Nachdruck verboten.) Fernruf 1410.
Montag, den 7. März 1921. Bei aufgehobenem Kartenlohn: 100 Pf.
Kaufspiel bei fehlendem Hause.

Oderon.

Romantische Oper in 5 Akten, Drame von N. Tiebeck. Aus einem 1886 von Tiebeck selbst aus dem Englischen übertragenen Stücke für die deutsche Bühne neu bearbeitet von Dr. Kraus Gründau. Musik von G. M. von Weber, nun vorspielformmige Rezitation von Franz Wallner.

Weltliche Uraufführung: Prof. Otto Voigt. Die Szene gesetzt von Karl Schäfer. Personen: Oderon, König der Eger (Gertud Pörsch); Und (Gottessohn) Werlstein; Gott (Wenzel Vogler); Kaiser Karl der Große (Otto Salpman); Frau des Bischofs (Alois Jäger); Schauspielerin, eine Tochter (Eduard Lohr); Karin al Roldan (Emilie Petersen); Maria, seine Tochter (Hanna Grewe); Rosine, deren Mutter (Else Schulz-Dornburg); Babsen, persönlicher Rat (Walter Schubert); Almanzor, Emir von Spanien (Gustav Napoli); Roldan, Gernot Engert; Ein Törnauer (Alfred Pollet); Wermöden (Oskar Hochroth); zwei Eltern (Carin Ulrich, Helm Herrmann); Zärtige und Klugheit eingetragen von Zangmeisterin G. Gründau. Pause nach jedem Akt.

Geburtspreise, Eintritt 50 Pf., Anfang 7 Uhr. Ende nach 10½ Uhr. Studenten- und Schülerkarten ungültig.

Dienstag, den 8. März, bei aufgehobenem Kartenlohn: 4. Weltspiel bei fehlendem Hause. Tiebeck. Anfang 7½ Uhr. Mittwoch, den 9. März, bei aufgehobenem Kartenlohn: 5. Weltspiel bei fehlendem Hause: Tiebeck. Anfang 7½ Uhr.

Alles Theater.

Nicholas-Dogmer-Theater. (Nachdruck verboten.) Fernruf 1410.

Montag, den 7. März 1921.

Kaufspiel bei fehlendem Hause.

1919

Schauspiel in 4 Akten von Karl Sternheim. In Szene gesetzt von Dr. Alwin Rohrbeck. Personen: Freiberger Christian Sohn von Buchow, Erstellens (Ernst Reiß); Philipp Ernst, Ottile, Gräfin Sohn von Buchow, seine Kinder (Eduard Lohr, Marianne Lohr, W. Otto Morgenstern); Graf Otto von Buchow, sein Schwiegersohn (Herbert Höhner); Maximilian Prinz Leib (Alfred Schröder); Wilhelm Otto, Sekretär (Oskar Heine-Högl); Friedrich Lieder (Eugen Löher); Captain Schneller (Julius Harten); Der Major (Gustav Colmar); Günzler (Eduard Wehler).

Die Szene ist durch die Bibliothek auf Schloss Buchow.

Pause nach dem 2. Akt.

Veränderungen vorbehalten.

Sonderpreise.

Eintritt 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende nach 10½ Uhr.

Studenten- und Schülerkarten ungültig.

Dienstag, den 8. März: 4. Weltspiel bei fehlendem Hause. Tiebeck. Anfang 7½ Uhr.

Mittwoch, den 9. März: 5. Weltspiel bei fehlendem Hause: Tiebeck. Anfang 7½ Uhr.

Zweiflüchtige Angekettet mit genauen und vollständigem Personenverzeichnis usw. Nur nur bei den Schläfern erziellich.

Die Tagesstalle ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Kristall-Palast

Täglich abends 18 Uhr:

Das neue, erstklassige Variété-Mess-Programm

Drei Linden

Täglich abends 18 Uhr

Der größte Variété-Erfolg der Saison

9 wirkliche Welt-Attraktionen.

Gastspiel Francardi

der erfolgreichste Verwandlungskünstler der Welt. Ein Weltwunder an Vielseitigkeit.

Mores

Porträtmodeleur auf Zuruf.

Forrester Neumeyer

das vorzügl. Gesang- und Tanz-Duet.

Nach vielen Jahren das erste Mal in Leipzig!

Kapitän Nansens dressierte Seelöwen

Der Gipfel der Dressur.

Käte Adelmann

die bekannte Xylophon-Virtuosin.

Ward

der Mann ohne Nerven.

Rudolf Mätzer

Deutschlands bester sächsischer Komiker.

4 Montijos-Uessem's

die besten Universal-Artisten der Welt.

Zwei Palermos

in ihrem feinkomischen Elastik-Akt.

Vorverkauf: Tageskasse (Tel. 43543), Th. Alt-hof, Petersstr., Konsum-Verein, Karl-Heine-Str.

Blumensäle.

Täglich abends 18 Uhr

Künstler-Kabarett.

Sonntags 2 Vorstellungen. * 4 Uhr u. 18 Uhr.

Welt-Theater

Tel. 4870 :: Barfußgasse, am Markt :: Tel. 4870

Ab Dienstag
nur 3 Tage!

Der Goldschatz in der Vulkanöhle
Das fünfte, letzte und sechswertigste
Reubtierdrama in 6 Akten

und

Romeo und Julia

Lustspiel mit

Lotte Neumann

4 Akte

Meute Montag 6 Uhr

GROSSER EXCELSIOR MESS ONKEL BALL

Brotklassige Wein-Abteil :: Tauchaer Str. 25 gegenüber Battenberg



MITTELDEUTSCHE SEIFENFABRIKEN
AGTEIGESELSCHAFT LEIPZIG-WAHRN.

Zur Leipziger Messe:
„Meßhaus Hohmanns Hof“
Petersstr. 15 / Kabine Nr. 87.

Gut Weiz, Landesleiter 100 Pf.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 7. März.

Parteiangelegenheiten.

Parteileitung und Stadtvordner-Kommission.

Morgen, Dienstag, 7/7 Uhr, gemeinsame Sitzung im Speise-
saal der Volkszeitung.Leipzg.-Ost. Die Vertrauensmännerwahl findet nicht Dienst-
tag, sondern Mittwoch, 7 Uhr, bei Jona, Meißnerstraße 13, statt.Stützlich. Die Käufleute werden erachtet, heute abend voll-
ständig in der Geschäftsstunde zu erscheinen.Tanzca. Dienstag, den 8. März, abends 1/8 Uhr, Fünftio-
närtsitzung im Goldenen Löwen.Gruppenrat 2. Die Ausschüttung findet heute nicht statt.
Einladungen ergehen.

Neue Kurse.

Der zweite Abend der Vortragsreihe: Ursprung und
Entwicklung der menschlichen Geisteskultur von Dr. Erler, der die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft behan-
delt, findet Dienstag, den 8. März, abends 7 Uhr, im großen
Saale des zoologischen Instituts, Talstraße 15, statt. Teilnehmer-
karten zum Preise von 4 M. sind am Eingange erhältlich.Im Gartenhaus des Volksaufens steht Dr. Solowjewitsch seinen
Kursus über Hygiene des Alltags Dienstag, den 8. März,
abends 8 Uhr, fort und berichtet die hauptsächlichen bei-
anstegenden Krankheiten. Die Teilnehmerkarte hierzu kostet 3 M.Beide Kurse sind für die Arbeiterschaft ein-
gerichtet und werden zum besseren Verständnis durch Licht-
bilder unterstützt. Im Kursus Dr. Erlers mußte, nachdem der
Redner seine vorzüglichen Karten und unserer Anschauung besonders
entsprechenden Ausführungen beendet hatte, allgemein überraschen,
daß als Beifallsbekämpfung ein lebhaftes Trompeten eingesetzt. Das
ist nicht Gewohnheit der Arbeiterschaft, sondern verriet starke
Beteiligung bürgerlicher Zuhörer, die somit veranlaßt werden, sich
mit marxistischer Darlegung zu beschäftigen. Es wäre jedoch zu be-
gründen, wenn die Arbeiterschaft mehr Anteil an ihren
Veranstaltungen nehmen würde, da diese für sie geschaffen werden.Der Kursus: Hygiene des Alltags war nur von der
Arbeiterschaft besucht und zählte allerdings wenig Teilnehmer.
Wünschenswert ist, daß sich für dieses Gebiet mehr Frauen, vor
allem auch Jugendliche beiderlei Geschlechts interessieren, da hier
Fragen auftreten, die täglich an den einzelnen heran-
treten.

Allgemeines Arbeitsbildungsinstitut für Leipzig.

Messe.

Mehrtrubel! Geschnatter! Gedränge! Überfüllte Hotels, Unter-
vermietungen, Gastwirtschaften, Cafés, Vergnügungsküten aller
Art; alles zu Weißpreisen! Elegante Autos laufen — wo der Weg
frei ist —, sie hupen sich durch, wo der Verkehr steht. Das gleiche
Schicksal trifft die Elektrische, sie bimmelt sich durch — langsam,
aber sicher. Droschen und andre Fuhrwerke kommen nur mühsam
vorwärts. Groteske Reklamekräger, angepumpte Menschen, Männerlein
und Weiblein und Kinder. Angepumpte Mehonkel und Tanten.
Aufgepumpte Lebegreise und Lebedamen. Unternehmungs- und Schau-
lustige Mäusegänger beiderlei Geschlechts und jeden Alters, halb-
wüchsige Burschen und noch grüne Mädchen. Das wogt und
schwicht, alles schwicht mit oder wird geschoben, denn wo das Ge-
dränge am dichten ist, da schaltet die persönliche Freiheit völlig
aus, da heißt es: untertauchen im Menschenstrom und mit schwimmen,
bis man bei nächster Gelegenheit an das Ufer der Bordsteine des
Fußweges oder an die Wand gedrückt wird.Leipzig hat sich wieder einmal verwandelt, der Mehonkel be-
herrscht die Stadt. Wo ein alntiges Plätzchen an einer Mauer
ist, da ist ein Reklameschild aufgehängt. Wo sich an der Straße
ein Schaufenster oder ein Schaufenster oder sonst eine passende oder
unpassende Gelegenheit bietet, da sind Waren ausgestellt, Proben
als „Modemuster“! Die internationale Revue der Handelswelt!
Es ist wie beim Turmbau zu Babel, sie reden in allen Sprachen.
Aber zum Unterschied vom sogenannten Turmbau verstehen sich hier
die Beteiligten sehr gut, denn es gilt, Profit zu machen. Was
Menschenleib schaffen, was Menschenhirn erdenken, was Menschen-
phantasie sich ausmalen kann, das ist in den alten und neuen Me-
galithen und -buden als „Modemuster“ zusammengetragen, manna-
faltig im Stoff und in der Verarbeitung, manna-faltig im Ge-
brauchswert. Nächste Gegenstände und überflüssigster Luxus,
künstlerische Qualitäten und düstiger Kitsch, einfache Bearbei-
tung und raffinierte Konstruktion. Reichum! Überflus in allen
Lagen und Verkaufsständen! Die Armut hockt unten auf der
Straße und verkauft im zerissen Kleid Streichholzer oder Schnitt-
lentel, oder bettelt mit einem Leierkasten oder läuft in Maskerade
Reklame, oder bietet sich selbst geschminkt und ungegeschminkt, ver-
hüllt und unverhüllt zum Verkauf. Der Mehonkel notiert auch
diesen Fall, er bucht ihn auf die Spesen.Es ist sehr nüchtern, einmal einen Rundgang durch die Aus-
stellungshallen zu unternehmen. Hier zeigt sich der Überfluß der
Gesellschaft, hier zeigt sich auch der Widerstand der kapitalistischen
Gesellschaftsordnung. Die Warenproduzenten stellen ihre Erzeu-
nisse aus, richtig: die Warenproduzenten stellen nicht aus, sondern
die Leute, die sich unter den gegebenen gesellschaftlichen — d. h.
kapitalistischen — Verhältnissen das Produkt der Arbeit anderer
Menschen („ihrer“ Arbeiter) angeeignet haben; sie stromen hier zu
Haus, um Käufer für „ihre“ Ware zu finden. Die Käufer aber, die
sich hier einfinden, brauchen die Ware nicht, und die, die die Waren
brauchen, können nicht zum Kaufe kommen, weil sie kein Geld
haben. Verküpfte Zustände! Im kapitalistischen Sprachgebrauch
heißt es: Absatzkrise, Geschäftsknotung, schlechter Geschäftsgang!
Für die Arbeiter vieler Industrien bedeutet es: bevorstehende
Arbeitslosigkeit!Welch eine maklose Verschwendug von gesellschaftlicher Arbeit
wird bei einem solchen Warenmarkt getrieben! Es ist der Kampf
um den Absatzmarkt. Jeder Besitzer von Waren sucht gerade seine
Waren an den Mann zu bringen, weil davon abhängig ist, ob er
und wieviel er Profit einstreichen kann. Der Kampf wird geführt
mit aller Raffinesse gerissener Geschäftspraktiker. Das ganze kostet
heidenmäßig viel Geld. Wer was tuft? Der Käufer wird alles
zahlen! Und der Käufer zahlt auch. Denn was soll er tun? Er muß
zahlen, solange er noch eine breite Paviertmark in der Tasche hat.
Der ganze riesenhafte, äußerst kostspielige Apparat der Messe ist
in sozialistischer Betrachtung eine ungeheure Verschwendug;
kapitalistisch betrachtet ist er eine notwendige und nützliche Ein-
richtung. Wäre die Produktion der Gebrauchsgegenstände geregelt
nach dem Bedarf der Gesellschaft, dann brauchte kein Jota von
Arbeitskraft für das Herstellen der Käufe aufgewendet zu
werden, dann könnten Tausende und Abertausende, Männer und
Frauen, die heute damit beschäftigt sind, die Käufe zu gewinnen,so nützlicher Arbeit verwendet werden. Solange aber kapitalistisch,
das heißt planlos nach Gutdünken des einzelnen Kapitalisten
produziert wird, solange gehört zum Absatz der Waren der Kampf
der Kapitalisten untereinander, die Kräfteverschwendug in diesem
Kampfe, die Belästigung der Käufe mit den „Spesen“.Das Geschäft ist nicht befriedigend. Noch sätzt die bürgerliche
Preise mit ihrem Urteil, noch erwarten die Händler, daß sich das
Geschäft heben werde. Aber die Ausichten drohen unsicher: Lage
wegen London! Die Preise sinken, die Profite fallen. Ob aber
nun die Geschäfte schlecht oder gut gehen, der Tanz um das goldne
Kalb, der in diesen Tagen in Leipzig getanzt wird, geht so oder
so auf Kosten des werktätigen, werteschaffenden Volkes.Wie wird die Erklärung zur Einkommensteuer
abgegeben?

1.

Die Reichsregierung beschäftigt sich noch immer mit dem
Einkommensteuergesetz. Trotzdem erlassen die einzelnen Finanz-
ämter bereits öffentliche Aufforderungen zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur Einkommensteuer
für das Rechnungsjahr 1920.Das Verfahren ist recht kompliziert und für den einzelnen Steuerzahler umständlich. Dazu kommt, daß die
öffentliche Aufforderung in dem bekannten Bureaukaten-Schrif-
tdeutsch abgesetzt ist.Es sieht so aus, als ob Steuerbureau und Gesetzgebung
alle Finnen angewandt haben, um dem Steuerzahler die Abgabe
der Erklärung möglich zu erschweren.Früher bekam der Steuerzahler das Formular, das er aus-
zufüllen hatte, ins Haup gefand.In der Stinnes-Republik müssen die Formulare — es kom-
men nicht weniger als sechs (!!) in Frage — vom Finanzamt:

abgeholt werden.

Die Betriebe tun gut, für ihre Arbeitnehmer und Angestellten die
Papiere vom Finanzamt zu bestellen, um den einzelnen den Weg
zu der Steuerbehörde zu ersparen.Die Steuererklärung muß im Monat März abgegeben werden.
Wer die Frist bis zum 31. März nicht einhält, dem kann nach
§ 170 der Reichsabgabenordnung ein Zuschlag bis zu zehn Prozent
der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt werden. Das Finanz-
amt hat den Zuschlag zu unterlassen oder zurückzunehmen, wenn
die Verlängerung entschuldig ist.Nach dem Gesetz haben alle diesbezüglich, die im Kalenderjahr
1920 ein Einkommen von mehr als 10 000 M. hatten — darunter
fallen sehr viele Arbeiter, Angestellte und Beamte — vom Finanzamt abzuholen:

1. Einkommensteuererklärung,
2. 1 Kapitalertragssteuererklärung,
3. 1 Abdruck der öffentlichen Aufforderung,
4. 1 Auszug aus dem Einkommensteuergesetz,
5. 1 Fragebogen über die leichte Steuerstelle und über Ent-
richtung der vorläufigen Einkommensteuer und den Lohn-
abzug,
6. 1 Befreiung über die Umsatz- und Luxussteuer.

Wir bemerken, daß die Veranlagung zur Reichseinkommen-
steuer auch gleichzeitig maßgebend ist für die Zugangssteuer.
Es handelt sich um die Besteuerung der Einkommen aus
Grundbesitz, Gewerbe, Kapitalvermögen und Nebeneinkommen.
Die drei ersten Arten werden für die meisten unter Ihnen nicht
in Betracht kommen. Wir beschäftigen uns daher vor allem mit
dem Arbeitseinkommen. Wer einige Spargeschäfte in Gestalt von
Sparkassenzulagen oder Käutionen angelegt hat, muß den
Zinsenfrage, abgängig der Kapitalertragssteuer, 10 Prozent
der Zinsen, ebenfalls als Einkommen angeben.

Zum Arbeitseinkommen gehören:

1. Arbeitslohn oder Gehalt saug Naturabzüge),
2. Einnahmen aus wissenschaftlicher, künstlerischer, unterrich-
tender, erzieherischer Tätigkeit oder aus der Tätigkeit als
Arzt, Rechtsanwalt oder eines andern freien Berufes,
3. Wartegelder, Ruhegehalt, Witwen- und Waisenpension,
4. Einnahmen aus einmaliger oder dauernder Tätigkeit
oder Art.

Zum sonstigen Einkommen gehören:

1. Leibrenten, Zeitrenten u. dergl.,
2. Zuschüsse aller Art zum sonstigen Einkommen,
3. Entschädigungen als Ertrag für entgangenes Einkommen,
4. Lotteriegewinne,
5. durch einzelne Veräußerungsgeschäfte (Börsengeschäfte,
Grundstückserlöse) erzielte Gewinne.

Der Ehemann muß auch das Einkommen seiner Frau an-
geben, wenn die Eheleute nicht dauernd getrennt leben.Auch das Einkommen der minderjährigen Kinder ist
mit anzugeben, soweit es nicht Arbeitseinkommen ist.Wer abwesend oder verhindert ist, hat das Recht, die
Erklärung durch einen Bevollmächtigten abzugeben zu lassen.Ist ein Steuerpflichtiger vor Abgabe der Erklärung ver-
storben, so haben die Erben oder der Nachlaßpächter oder der
Testamentsvollstrecker die Erklärung abzugeben.Die Erklärungen zu 1, 2 und 5 müssen bis zum 31. März 1921
abgegeben werden. Sie können schriftlich eingereicht, aber
auch mündlich beim Finanzamt abgegeben werden. Die
mündliche Abgabe ist nicht zu empfehlen, zumal sie für
Arbeiter und Angestellte mit Zeit- und Lohnverlust verbunden ist.Die Steuererklärung ist abzugeben, auch wenn der Unter-
nehmer das Einkommen des Arbeiters der Steuerbehörde mit-
teilt, wozu er verpflichtet ist. Die Steuerbehörde will nämlich
auch die Nebeneinkünfte erfassen und besteuern.Man lasse sich aber vom Unternehmer den Arbeitsverdienst
schriftlich mitteilen, der im Jahre 1920 erreicht worden ist, damit
der Steuerbehörde nicht verschiedene Angaben angeben.Zur Steuererklärung ist, wie schon bemerkt, jeder ver-
pflichtet, der über 10 000 M. Einkommen im Jahre 1920
hatte.Wer unter 10 000 M. Einkommen hatte, kann eine Er-
klärung abgeben. Es liegt in seinem Interesse, wenn er
sein Einkommen der Steuerbehörde angibt. Dann schlägt er sich
vor zu hoher Veranlagung.Wer einen doppelten Wohnsitz hat, füllt die Formu-
lare nur an einer Stelle aus. Seine Veranlagung ge-
schieht an dem Orte des Familienwohnhauses.

Die Erklärung über die Einkommensteuer zerfällt in

- A. Angaben über das steuerbare Einkommen,
- B. Weitere Angaben,
- C. Angaben für Veranlagung zur Einkommensteuer der
öffentl.-rechtlichen Religionsgesellschaften.

- A. enthält: 1. Einkommen aus Grundbesitz,

2. Einkommen aus Gewerbebetrieb,

3. Einkommen aus Kapitalvermögen,

4. Einkommen aus Arbeit,

5. Sonstige Einnahmen,

6. Gesetzliche Abzüge.

Zum Neuerstreben gehören u. a. einmalige Ver-
mögensfälle aus Schenkungen, Kapital- nicht Renten-
bezüge aus Lebens-, Unfall- und sonstigen Kapitalver-
sicherungen, Kapitalabfindungen auf Grund der Rechtsver-
sorgungs- und -pensionsscheine, Kapitalabfindungen an uneheliche
Kinder und uneheliche Mütter, die Verstummelungs- und
Kriegsauslagen, Versorgungsgebliebnisse auf
Grund einer während des Krieges erlittenen Dienstbeschädigung,sowie sie zusammen mit den Zulagen 2000 M. nicht übersteigen,
Kaufengelb, Armen- und Gewerbesonenunterstützung.In einem weiteren Artikel werden wir noch ausführlich auf
die Abgabe vom steuerbaren Einkommen, sowie auf
die Steuerermäßigungen wegen ungünstiger wirt-
schaftlicher Verhältnisse eingehen.

Oeffentliche Sitzung der Handelskammer.

Die Handelskammer beschäftigt sich in ihrer öffentlichen Sitzung
am Freitag, dem 4. März, u. a. mit der Begründung von Sach-
verträgen für Ost, Gemüse und Kartoffeln.Weiter sollte sich die Handelskammer nochmals mit der Frage
der Verordnung über Freimachung von Arbeitsstellen
befassen. In einer Sitzung der Handelskammer im November
d. J. hatte Herr Seemann über diese Frage referiert und sein
Referat in Nr. 309 der Nachrichten erschien. Gegen die dort ausgesetzten Behauptungen wendet sich der Kreishaupt-
mann Lange in einem Schreiben an die Handelskammer und
verlangt, daß die Handelskammer sich nochmals mit dieser An-
gelegenheit beschäftigt, und die Richtigstellungen in derselben Weise
in den Nachrichten veröffentlicht, wie zuvor das Referat des
Herrn Seemann. Die Handelskammer ist der Meinung, daß die
Veröffentlichung des Referats eine Privilaie des Herrn Seemann war und der Kreishauptmann sich daher nicht mit der
Handelskammer, sondern mit Herrn Seemann auseinanderzu-
setzen habe. In diesem Sinne sollte der Kreishauptmann be-
schwieben werden.Auf Antrag des Herrn Tobias sollte sich die Handelskammer
nochmals mit der städtischen Gewerbesteuer beschäftigen.
Die Ausführungen hierzu hatte Herr Tobias selbst übernommen.
Die Stadt habe mit der Gewerbesteuer, die nichts andres als eine
verdeckte Einkommensteuer sei, eine besondere Bestrafung einer
bestimmten Berufsclasse geschaffen, gegen die die Handelskammer
sich wenden müsse. Auch sei die Behandlung dieser Steuerfrage
im Stadtvordnerkollegium ganz oberflächlich, ohne Berücksichti-
gung des Gewerbes erfolgt, was sich daraus ergibt, daß die Veran-
lagung der Gewerbesteuer als 25. Punkt auf der Taxe-
ordnung in vorigerster Stunde behandelt wurde. Er bestreitet,
dass der Staat das Recht habe, eine solche Steuer zu befreijen und
zu erheben. Wenn sich die Stadt bei der Straßenbau ein Defizit
von 18 und bei den Theatern ein solches von 4 Millionen Mark
leisten kann, so darf sie doch dafür das Gewerbe einer Stadt wie
Leipzig das nicht mit neuen Steuern trocken. Es muss aus-
geworfen werden, daß die indirekten Steuern ihre
Grenze erreicht haben. Er möchte das Sekretariat der
Handelskammer ersuchen, unverzüglich Schritte einzuleiten, um
die Gewerbe vor einem Schaden, wie durch die Gewerbe-
steuer bewahrt bleibt. In der Diskussion schlicht man sich den
Ausführungen des Herrn Tobias an. Vor allem bei das Klein-
gewerbe schwer bedroht.

Der öffentlichen Sitzung folgte eine nichtöffentliche.

Zur Kirchenausstrittsbewegung.

Dem Clerus in Leipzig wird angst und bange, denn die Kirchen-
ausstrittsbewegung ist in Fluss gekommen, weil die arbeitende Be-
völkerung nicht mehr länger Steuern für die Geistlichkeit
zuzahlen will. Alle bürgerlichen Zeitungen dringen Verhun-
ungsartikel. Es wird ihnen darauf hingewiesen, daß die Steuern
gar nicht so hoch seien. Dabei muß zugesehen werden, daß es sich
bei den Bahnen nur um vorläufige Kirchensteuern handelt, bei der
endgültigen Veranlagung für das laufende Steuerjahr werde für
die Kirchensteuern mit gewissen Nachforderungen zu rechnen sein,
die sich allerdings in beispielhaften Grenzen halten sollen.Dabei ist die „postulierte“ Steuer schon hoch genug. Sie be-
trägt nach der Angabe der Kirchenfreunde 42 Mark bei Einkommen von 10000 Mark, 85 Mark bei Einkommen von 15000 Mark und
80 Mark bei Einkommen von 20000 Mark. Dazu werden dann
noch die Nachforderungen an den Steuerzahler herantreten. Dann
werden über die Zahlung der rückläufigen Steuern Angaben ge-<

würde, der Fall sollte beim Schlichtungsausschuss unterbreitet werden, weil sich das Betriebsratsmitglied unbewußt in geschäftliche Angelegenheiten gemischt habe. Der Schlichtungsausschuss sollte entscheiden, ob das Betriebsratsmitglied von seinem Posten entfernt werden soll. Die Direktion hat es aber vorgezogen, den Schlichtungsausschuss nicht anzurufen, die Entfernung aus dem Posten ist nicht durchgeführt worden.

Vom Dividendenjahr in Leipzig. Der Aussichtsrat der Polyphon-Werke, Alt.-Hel., in Wahren hat beschlossen, eine Dividende von wieder 20 Prozent zur Verteilung vorzuschlagen.

Grundstücksverkäufe in Leipzig. Im Monat Februar 1921 fanden in Leipzig 39 Verkäufe von bebauten Grundstücken (Kaufsumme 11.421.457 M.) und 5 Verkäufe von unbebauten Grundstücken (Kaufsumme 101.306.10 M.) statt.

Die 11 örtlichen Speiseanstalten haben im Monat Februar im ganzen 91.288 Mahlzeiten verabreicht gegenüber 96.244 im Monat zuvor.

Die Sänglingsvorsitzende der Leipziger Krippen-Vereinigung e. V. beginnen am 1. April und finden statt in Krippe I, Lange Straße 25, und Krippe IV, Eutritzhof, Bleicherstr. 5. Anmeldungen für beide Kästen nimmt die Leiterin der 1. Krippe, Schwester Gertrud Hirsch, Lange Str. 25, wochentäglich von 10 bis 11 und 3 bis 4 Uhr entgegen.

Eroffene Seuch. Im Städtischen Vieh- und Schlachthof ist die Maul- und Klauenseuche erloschen.

Leipzig, am 5. März 1921. Der Rat der Stadt Leipzig.

Kursus. Morgen, Dienstag, abends Punkt 8 Uhr, im Gartenzaale des Volksausbildungszentrums Fortsetzung des Kursus. Voritag des praktischen Arztes Dr. Golowatzsch: Hygiene des Alltags. Karten am Eingang 3 M., Arbeitslose frei. Arbeitserbildungsinstitut.

Lebensmittelkalender für Dienstag, den 8. März.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Ausländisches Weizenmehl: Letzter Tag — abzugeben Marken 15 R der Lebensmittelkarte Reihe R (250 Gramm).

Teigwaren: Letzter Tag — abzugeben Marken 16 R der Lebensmittelkarte Reihe R (250 Gramm).

Ausgabe. Nährmittel für Kinder bis zu zwei Jahren: Letzter Tag — bestellt mit A 5, N 6, Z 6 der Lebensmittelkarte 8 1/3.

Nährmittel für Schwangere: Letzter Tag — bestellt mit SN 6 der Sonder-Lebensmittelkarte für Schwangere, Stillende u. w.

Teigwaren: Letzter Tag — bestellt mit Marken 12 R der Lebensmittelkarte Reihe R (125 Gramm).

Polizeinachrichten.

Anmeldung der Mietfreunden.

Alle Mietfreunden, gleichviel, ob sie in einem Hotel, Gathouse, Fremdenheim oder in einer Privatwohnung übernachten, sind polizeilich anzumelden. Zur polizeilichen Meldung ist der Mietfreundeschein zu verwenden, der kostenlos im Fremdenbüro des Polizeiamtes und in den zuständigen Bezirksinspektionen ausgegeben wird. Während zu der polizeilichen Anmeldung der in Hotels, Gathäusern oder Fremdenheimen über bleibenden Freunden die Inhaber verpflichtet sind, liegt die Meldepflicht denjenigen Mietfreunden, die in Privathäusern wohnen, den Wohnungsagebern ob.

Das Ministerium des Innern in Dresden hat für die Dauer der Messe die ausländischen Mietbelucher und auch die im Reichsgebiet wohnenden Ausländer, die die Messe besuchen, von der Verpflichtung, persönlich an Polizeistelle zu erscheinen und ihren Pass vorzulegen, befreit.

Borscht! Falsche polnische Eintausendmarkscheine! Wie bereits wiederholt an dieser Stelle veröfentlicht, sind seit einiger Zeit falsche polnische Eintausendmarkscheine im Verkehr. Mitte vergangenen Monats sind nun auch einer beständigen Bank von einem 25-Jährigen, schwärzhaften, unbekannten Menschen 22 solcher Noten zum Umlauf vorgelegt und von dieser auch angenommen worden. Die Falschscheine sind lädelos ausgeführt und erst bei genauerer Prüfung als solche zu erkennen. Damit die Kriminalpolizei den Falschmünzern endlich auf die Spur kommen kann, werden alle diejenigen, denen neue polnische Eintausendmarkscheine angeboten werden, hierdurch veranlaßt, bei dem geringsten Verdacht den nächsten Schuhmann zu verländern. Es empfiehlt sich, auch vorgelegten Ausweispapieren nicht allzu viel Glauben zu schenken, sondern jede weitere Prüfung dieser der Kriminalpolizei zu überlassen.

Warnung vor zwei raffinierten Ladendiebinnen! Der Kriminalpolizei liegen mehrere Meldungen vor, nach denen zwei unbekannte, nobel auftretende Frauenspersonen im ungefährten Alter von 25 und 27 Jahren Ladendiebstähle verübt haben. Sie lassen sich Waren vorlegen und dabei wertvolle Gegenstände verschwinden, was dann meist erst später bemerkt wird, nachdem die Diebinnen, ohne etwas gekauft zu haben, den Laden wieder verlassen haben. Im Verdachtsfalle verständige man sofort telefonisch die Kriminalabteilung.

Schwerer Unfall eines Radfahrers. Am 2. März gegen 12 Uhr mittags ist ein in der Sophienstraße wohnender 33-jähriger Fleischermeister in der Talstraße mit seinem Fahrrad zu Hause getötet und von einem im selben Augenblick vorüberfahrenden Postwagen überfahren worden. Er erlitt schwere Verletzungen, die seine Aufnahme im Krankenhaus St. Jakob nötig machten. Ob fremdes Verhinderen vorliegt, wird die eingeleitete polizeiliche Untersuchung ergeben.

Handfasshändler aus in der Goethestraße! Wer war die Beraubte? Am 2. März, gegen 9 Uhr abends, ist in der Goethestraße einer Dame die Handtasche entzogen worden. Der Täter hat darauf die Flucht durch die Anlagen am Schwanenplatz nach dem Neuen Theater zu erzielen und ist verfolgt worden. Dabei hat er seine Beute verloren, so daß die Dame wieder in den Besitz ihres Eigentums gelommen ist. Unterher ist ein junger Mann festgenommen worden, der aller Wahrscheinlichkeit nach auch als Täter in Frage kommt. Um die Sache klarzutun, wird dringend gebeten, daß sich die Dame sofort bei der Kriminalabteilung melden.

Bernäht wird seit dem 28. Februar der 15-jährige, Leipzig-Gohlis, St. Privatstraße 11, bei den Eltern wohnhaft gewesene Schlosserlehrling Karl Stübner, der sich zu den angegebenen Zeit heimlich aus der elterlichen Wohnung entfernt hat und bis heute nicht dahin zurückgekehrt ist. Er ist 1,55—1,58 Meter groß, schlank, bat dunkles Haar, braune Augen, groß, abstehende Ohren, längliches, gesundfarbiges Gesicht und war bei seinem Weggang bekleidet mit grauem Jackett und Weste, brauner, gekrempelter Hose, blauem Mantel mit Kniegelenk, graubraunem, weitem Hut, Stehkragen, schwarz und rot-schwarzen Schuhen, weißem Hemd und Tricotunterhose. Es wird gebeten, den Vermissten beim Betreten einem Aufsichtsbeamten zu übergeben.

Gruppenratssitzungen im März.

Montag, den 7. März.

Gruppenrat I, Bank-, Handels- und Versicherungsgewerbe. Sitzung im Kartell, Zimmer 104, abends 7 Uhr.

Dienstag, den 8. März.

Gruppenrat XIII, Verkehr. Sitzung im Kartell, Zimmer 104, abends 7 Uhr.

Mittwoch, den 9. März.

Gruppenrat XII, Staatliche und kommunale Behörden. Sitzung im Hotel Victoria, II. Restaurationszimmer, abends 7 Uhr.

Donnerstag, den 10. März.

Gruppenrat III, Bekleidungs- und Textilindustrie. Sitzung im Kartell, Zimmer 104, abends 7 Uhr.

Montag, den 14. März.

Gruppenrat II, Baugewerbe und Steinindustrie. Sitzung im Kartell, Zimmer 104, abends 7 Uhr.

Dienstag, den 15. März.

Gruppenrat X, Lederindustrie. Sitzung im Hotel Victoria, kleines Restaurationszimmer, nachmittags 5 Uhr.

Mittwoch, den 16. März.

Gruppenrat IX, Lebens- und Genussmittelindustrie. Sitzung im Kartell, Zimmer 104, abends 7 Uhr.

Donnerstag, den 17. März.
Gruppenrat VII, Holzindustrie. Sitzung im Kartell, Zimmer 104, abends 7 Uhr.

Freitag, den 18. März.

Betriebsräte und Gewerkschaftskontrolleure. Versammlung im Volkshaus, großer Saal, abends 7 Uhr. Tagesordnung: Bericht vom Volkshausbau.

Montag, den 21. März.

Gruppenrat IV, Chemie. Sitzung im Kartell, Zimmer 104, abends 7 Uhr.

Donnerstag, den 24. März.

Gruppenrat VI, Papierindustrie und graphisches Gewerbe. Sitzung im Kartell, Zimmer 104, abends 7 Uhr.

Aus der Umgebung.

Tausch. Räckten Mittwoch, den 9. März, abends 1/2 Uhr, findet eine Elternversammlung in der Aula der hiesigen Schule statt. Auf der Tagesordnung steht die Wahlordnung zur Elternratswahl.

gr. Großschober-Windorf. Aus dem Gemeinderat. Es lagen Pläne zu einem umfangreichen Fabrikweiterungsgebiet der Firma Meier u. Weidelt vor. Der Bau soll zur Aufnahme eines anderen Fabrikationszweiges dienen. Ein Angebot auf Abnahme ungarischer Kartoffeln wurde ungünstiger Bedingungen halber abgelehnt. Der gemeindliche Ortsausschuß für Kriegsfürsorge ist oberbehördlich genehmigt worden. Dem Antrag auf Bewilligung eines Darlehens von 2000 000 M. zum Wohnungsbau ist von der Staatsbehörde nicht stattgegeben worden. — Der Wasserzins beträgt ab 1. April 60 Pf. für einen Kubikmeter. — Die Hundesteuern wurde auf 12, 60 und 120 M. heraufgesetzt. — Der Finanzausschuß unterbreite ein Ortsgebot über Erhebung einer Wohnungsluxussteuer. Die Besteuerung findet nach Räumen statt, unter Freilassung der notwendigen. Das Ortsgebot enthält gegenüber gleichen Gesetzen in anderen Orten infosofern eine Verbesserung, als es in bezug auf Anzahl und Größe der Räume nicht den weiten Spielraum läßt, aber doch in gesundheitlicher Hinsicht den notwendigen Raum für jede Person vorschreibt. Darüber, daß die Besteuerung eine gerechte ist, braucht man nicht zu streiten, höchstens mit bürgerlichen Vertretern. — Auf Grund des Berichtes des Ausschusses und eines Sachverständigengutachtens wurde dem Verkauf der seit einem Jahr verliehenen Volksküchenkessel zugestimmt. Die Kessel dienen der Kinderbetreuung, sie wurden unter der unzutreffenden Angabe, daß Gemeinden zur Bereitung des Quälerebens nicht zugelassen würden, an eine Privatperson verliehen. Über die Folgen wird noch zu reden sein. — Durch den Abbau der Zwangswirtschaft wird auch die Lebensfähigkeit der Lebensmittelämter beeinträchtigt, deshalb wurde dem Antrag des Finanzausschusses, das Lebensmittelamt am 1. April aufzuhören, zugestimmt. Seit einiger Zeit berichten auch die Kommunisten über die Gemeinderatssitzungen. Fragt uns bloß nicht wie. In dem Streben, den verhassten USG-Mitgliedern eins auszuwischen, hauen sie in dieselbe Kerbe der ihnen allerdings in vielen Gülden geistesverwandten Bürgerlichen. Früher schimpften sie, weil wir die Lebensmittelverteilung nicht sofort in die Hand nahmen, heute schimpfen sie, weil wir es getan haben. Der Bericht des Ausschusses war ein einziges Zeugnis für die einwandfreie Führung und Verwaltung des Lebensmittelamtes durch unsern Gemeindeältesten Birnbaum. Dah zur Übernahme eines solchen Postens und Verharren in demselben Selbstverleugnung und Herosmus gehört, ist allerdings nur wenigen klar. Wolf Bonosse Birnbaum noch von seinem Vorgänger vorhandene, verdorbene Kriegsernährung nicht den Erwerbslosen für billiges Geld überlassen hat, töben die Kommunisten im R. A. in einer Weise, die ihnen jede Ressnung raubt. Als ob es Aufgabe eines sozialistischen Lebensmittelverwalters wäre, verdorbene Waren, die andre nicht mögen, Erwerbslosen und ärmerer Bevölkerung auszubringen. Trocken hat er sie den Handlern angeboten wie sauer Bier, die halten aber selbst noch des Zeugs genug. Der Warenbestand in Höhe von 55 000 M. ist das Ergebnis einer Inventur Anfang Dezember 1920. Trocken neue Zugänge seit dieser Zeit zu verzeichnen sind, hat sich dieser Bestand bis heute beträchtlich vermindert. Der Gemeindevorstand, der gewiß unter Freund nicht ist, berichtet, daß das Lebensmittelamt nicht ungünstig abgeschlagen wird, obgleich sich ein genaues Bild erst nach der Schlussrechnung geben läßt, daß aber infolge eingetretener Preisfälle Einkäufen entstehen können, ist nicht von der Hand zu weisen. Dafür kann aber weder die Gemeinde noch der Lebensmittelverwalter etwas. Der R. A. zieht Zahlen herbei, die nie genannt werden sind, außerdem hat die Abrechnung über die Autentafelverteilung ergeben, daß der Verlust sich lediglich aus den gestohlenen Kartoffeln ergibt. Außerdem stehen noch über 30 000 M. gestundete Verträge aus, und ob diese alle einnehmen, auch von den Vermieter, ist fraglich. Das aber wird natürlich wieder Gelegenheit zum Belächten der USG, bei den Kommunisten geben. Dann hat der Gemeinderat am 31. Januar nicht beschlossen, das Lebensmittelamt sofort aufzulösen, sondern hat den Antrag des Ausschusses auf Einstellung seiner Tätigkeit aus den oben genannten Gründen am 1. April angenommen. So seien die Tatsachen aus, die auch die Kommunisten kennen, denn ihr Führer ist ja aus der Revolte als Mitglied in den Ernährungsausschuß gewählt worden, dort aber hat er sich auszuschwiegern und Vorschläge im Sinne des R. A.-Berichtes nicht gemacht. Wir aber stellen mit Bedauern fest, daß die Kommunisten zu einer sozialen Arbeit im Interesse der Bevölkerung — auch wenn die Bevölkerung es meist nicht begreift — nicht zu haben sind. Sie rechnen mit dem Umstand, daß die Bevölkerung freitwillig dem Herrunterkreisen willigen. Oft scheint, ohne zu merken, daß für den Sozialismus damit nichts gewonnen ist. Mit solchen Mitteln arbeiten die Kommunisten, müssen sie arbeiten, um den Arbeiter in ihren eigenen Reihen zu verdecken, denn heute reden die Altkommunisten schon nicht mehr von einer „Bereinigung“, sondern von einer „Veraffirmung“ der Kriminalabteilung.

Borscht! Falsche polnische Eintausendmarkscheine! Wie bereits wiederholt an dieser Stelle veröfentlicht, sind seit einiger Zeit falsche polnische Eintausendmarkscheine im Verkehr. Mitte vergangenen Monats sind nun auch einer beständigen Bank von einem 25-Jährigen, schwärzhaften, unbekannten Menschen 22 solcher Noten zum Umlauf vorgelegt und von dieser auch angenommen worden. Die Falschscheine sind lädelos ausgeführt und erst bei genauerer Prüfung als solche zu erkennen. Damit die Kriminalpolizei den Falschmünzern endlich auf die Spur kommen kann, werden alle diejenigen, denen neue polnische Eintausendmarkscheine angeboten werden, hierdurch veranlaßt, bei dem geringsten Verdacht den nächsten Schuhmann zu verländern. Es empfiehlt sich, auch vorgelegten Ausweispapieren nicht allzu viel Glauben zu schenken, sondern jede weitere Prüfung dieser der Kriminalpolizei zu überlassen.

Handfasshändler aus in der Goethestraße! Wer war die Beraubte?

Am 2. März, gegen 9 Uhr abends, ist in der Goethestraße einer Dame die Handtasche entzogen worden. Der Täter hat darauf die Flucht durch die Anlagen am Schwanenplatz nach dem Neuen Theater zu erzielen und ist verfolgt worden. Dabei hat er seine Beute verloren, so daß die Dame wieder in den Besitz ihres Eigentums gelommen ist. Unterher ist ein junger Mann festgenommen worden, der aller Wahrscheinlichkeit nach auch als Täter in Frage kommt. Um die Sache klarzutun, wird dringend gebeten, daß sich die Dame sofort bei der Kriminalabteilung melden.

Bernäht wird seit dem 28. Februar der 15-jährige, Leipzig-Gohlis, St. Privatstraße 11, bei den Eltern wohnhaft gewesene Schlosserlehrling Karl Stübner, der sich zu den angegebenen Zeit heimlich aus der elterlichen Wohnung entfernt hat und bis heute nicht dahin zurückgekehrt ist. Er ist 1,55—1,58 Meter groß, schlank, bat dunkles Haar, braune Augen, groß, abstehende Ohren, längliches, gesundfarbiges Gesicht und war bei seinem Weggang bekleidet mit grauem Jackett und Weste, brauner, gekrempelter Hose, blauem Mantel mit Kniegelenk, graubraunem, weitem Hut, Stehkragen, schwarz und rot-schwarzen Schuhen, weißem Hemd und Tricotunterhose. Es wird gebeten, den Vermissten beim Betreten einem Aufsichtsbeamten zu übergeben.

Handfasshändler aus in der Goethestraße! Wer war die Beraubte? Am 2. März, gegen 9 Uhr abends, ist in der Goethestraße einer Dame die Handtasche entzogen worden. Der Täter hat darauf die Flucht durch die Anlagen am Schwanenplatz nach dem Neuen Theater zu erzielen und ist verfolgt worden. Dabei hat er seine Beute verloren, so daß die Dame wieder in den Besitz ihres Eigentums gelommen ist. Unterher ist ein junger Mann festgenommen worden, der aller Wahrscheinlichkeit nach auch als Täter in Frage kommt. Um die Sache klarzutun, wird dringend gebeten, daß sich die Dame sofort bei der Kriminalabteilung melden.

Bernäht wird seit dem 28. Februar der 15-jährige, Leipzig-Gohlis, St. Privatstraße 11, bei den Eltern wohnhaft gewesene Schlosserlehrling Karl Stübner, der sich zu den angegebenen Zeit heimlich aus der elterlichen Wohnung entfernt hat und bis heute nicht dahin zurückgekehrt ist. Er ist 1,55—1,58 Meter groß, schlank, bat dunkles Haar, braune Augen, groß, abstehende Ohren, längliches, gesundfarbiges Gesicht und war bei seinem Weggang bekleidet mit grauem Jackett und Weste, brauner, gekrempelter Hose, blauem Mantel mit Kniegelenk, graubraunem, weitem Hut, Stehkragen, schwarz und rot-schwarzen Schuhen, weißem Hemd und Tricotunterhose. Es wird gebeten, den Vermissten beim Betreten einem Aufsichtsbeamten zu übergeben.

Handfasshändler aus in der Goethestraße! Wer war die Beraubte? Am 2. März, gegen 9 Uhr abends, ist in der Goethestraße einer Dame die Handtasche entzogen worden. Der Täter hat darauf die Flucht durch die Anlagen am Schwanenplatz nach dem Neuen Theater zu erzielen und ist verfolgt worden. Dabei hat er seine Beute verloren, so daß die Dame wieder in den Besitz ihres Eigentums gelommen ist. Unterher ist ein junger Mann festgenommen worden, der aller Wahrscheinlichkeit nach auch als Täter in Frage kommt. Um die Sache klarzutun, wird dringend gebeten, daß sich die Dame sofort bei der Kriminalabteilung melden.

Handfasshändler aus in der Goethestraße! Wer war die Beraubte? Am 2. März, gegen 9 Uhr abends, ist in der Goethestraße einer Dame die Handtasche entzogen worden. Der Täter hat darauf die Flucht durch die Anlagen am Schwanenplatz nach dem Neuen Theater zu erzielen und ist verfolgt worden. Dabei hat er seine Beute verloren, so daß die Dame wieder in den Besitz ihres Eigentums gelommen ist. Unterher ist ein junger Mann festgenommen worden, der aller Wahrscheinlichkeit nach auch als Täter in Frage kommt. Um die Sache klarzutun, wird dringend gebeten, daß sich die Dame sofort bei der Kriminalabteilung melden.

Handfasshändler aus in der Goethestraße! Wer war die Beraubte? Am 2. März, gegen 9 Uhr abends, ist in der Goethestraße einer Dame die Handtasche entzogen worden. Der Täter hat darauf die Flucht durch die Anlagen am Schwanenplatz nach dem Neuen Theater zu erzielen und ist verfolgt worden. Dabei hat er seine Beute verloren, so daß die Dame wieder in den Besitz ihres Eigentums gelommen ist. Unterher ist ein junger Mann festgenommen worden, der aller Wahrscheinlichkeit nach auch als Täter in Frage kommt. Um die Sache klarzutun, wird dringend gebeten, daß sich die Dame sofort bei der Kriminalabteilung melden.

Handfasshändler aus in der Goethestraße! Wer war die Beraubte? Am 2. März, gegen 9 Uhr abends, ist in der Goethestraße einer Dame die Handtasche entzogen worden. Der Täter hat darauf die Flucht durch die Anlagen am Schwanenplatz nach dem Neuen Theater zu erzielen und ist verfolgt worden. Dabei hat er seine Beute verloren, so daß die Dame wieder in den Besitz ihres Eigentums gelommen ist. Unterher ist ein junger Mann festgenommen worden, der aller Wahrscheinlichkeit nach auch als Täter in Frage kommt. Um die Sache klarzutun, wird dringend gebeten, daß sich die Dame sofort bei der Kriminalabteilung melden.

Handfasshändler aus in der Goethestraße! Wer war die Beraubte? Am 2. März, gegen 9 Uhr abends, ist in der Goethestraße einer Dame die Handtasche entzogen worden. Der Täter hat darauf die Flucht durch die Anlagen am Schwanenplatz nach dem Neuen Theater zu erzielen und ist verfolgt worden. Dabei hat er seine Beute verloren, so daß die Dame wieder in den Besitz ihres Eigentums gelommen

Der Taugenichts.

Von Anton Tschechow.

"In der Tat," sagte Frau Ushogina leise, an mich herantretend und mir gerade ins Gesicht blinzelnd: "in der Tat, wenn Sie das von ernsthafter Beschäftigung ablenkt." Sie nahm mir das Heft aus der Hand. "So können Sie das jemand anders übergeben. Machen Sie sich darüber keine Sorgen, lieber Freund, gehen Sie mit Gott."

Zu verabschiedete mich von ihr und ging verlegen hinaus. Auf der Treppe sah ich auch meine Schwester und Anjuta Blagowowa weggehen. Sie sprachen erst über etwas, wahrscheinlich über meinen Eintritt in den Eisenbahndienst, und hatten es sehr eilig. Meine Schwester war bisher noch niemals bei einer Probe gewesen; daher hatte sie wohl jetzt Gewissensbisse und fürtete, der Vater könnte erschrecken, daß sie ohne seine Erlaubnis bei den Ushozins gewesen war.

Sie ging zu Dolschkow am nächsten Tag, bald nach zwölf. Ein Diener führte mich in ein sehr schönes Zimmer, das dem Ingenieur als Empfangszimmer und zugleich als Arbeitszimmer diente. Hier war alles weich, elegant und kein einem Menschen wie mir, der so etwas noch nie gesehen hatte, sogar selbst vor Pauper teure Teppiche, riesengroße Sessel, Bronzen, Bilder in Gold- und Blühhörnchen; an den Wänden Photographien, die sehr schöne Frauen mit klugen Gesichtern in ungezwungenen Posen darstellten; eine Tür führte aus dem Empfangszimmer auf die Veranda und in den Garten, und ich sah Friederike, einen gesetzten Tisch mit vielen Blaschen und einem Rosenstrauß; alles duftete nach Frühling, noch tueren Algen, alles atmete Glück und alles schien sagen zu wollen: siehst du, dieser Mensch hat sein Leben lang gearbeitet und schließlich alles Glück erreicht, das auf dieser Welt möglich ist. Am Schreibtisch saß die Tochter des Ingenieurs und las in einer Zeitung.

"Sie kommen zu meinem Vater?" fragte sie. "Er nimmt gerade eine Dusche, gleich wird er kommen. Bitte, setzen Sie sich."

Ich setzte mich.

"Sie wohnen, glaube ich, uns gegenüber?" : sie wieder nach einer Pause.

"Zwanzig."

"Vor Langeweile schaue ich oft zum Fenster hinaus. Sie müssen es entschuldigen," fuhr sie fort, in die Zeitung blickend, "ich sehe oft Sie und Ihre Schwester. Sie hat einen so gutmütigen und besorgten Gesichtsausdruck."

Nun kam Dolschkow herein. Er trocknete sich mit einem Handtuch den Hals ab.

"Papa, es ist Herr Polosnjew," sagte die Tochter.

"Ja, ja, Blagowowa hat mir schon von Ihnen erzählt," wandte er sich lebhaft an mich, ohne mir die Hand zu reichen. "Über hören Sie einmal, was soll ich für Sie tun? Was habe ich für Stellen zu vergeben? Ihr soll doch wirklich merkwürdiger Mensch!" fuhr er sehr laut fort, in einem Tone, als ob er mir eine Kugel erzielte. "Täglich kommen an die zwanzig Menschen zu mir, die sich einbilden, daß ich hier ein Ministerium habe! Ich habe ja nur die Bauarbeiten unter mir, meine Herren, und kann nur Schwerarbeiter brauchen: Mechaniker, Schlosser, Erdarbeiter, Tischler, Brunnengräber. Ihr alle versteht aber nur in den Schreibstuben zu hören. Ihr seid alle nichts als Schreiber!"

Er atmete dasselbe Glück wie seine Teppiche und Sessel. Voll gesund, rotbackig, mit breiter Brust, frisch gewachsen, in farbigem Kittelkraum und Blühhose, sah er wie ein Spielzeug, wie ein Knüppel aus Porzellan aus. Er hatte ein rundes, lockiges Bartchen ohne ein einzige graues Haar, eine Adlernase und dunkle, klare, unschuldige Augen.

"Was verstehen Sie zu tun?" fuhr er fort. "Gar nichts verstehten Sie! Ich bin Ingenieur und gut verjornt, aber bevor ich diese Eisenbahn bekam, mußte ich lange schuften. Ich bin als Maschinist auf der Lokomotive herumgefahren und habe ganze zwei Jahre als einfacher Wagentümmer in Belgien gearbeitet. Urteilten Sie nun selbst, mein Vater, was für eine Arbeit soll ich Ihnen anbieten?"

"Gewiß, das stimmt . . ." stotterte ich in höchster Aufregung. Der Blick seiner klaren, unschuldigen Augen irritierte mich.

"Verziehen Sie wenigstens mit einem Telegraphenapparat umzugehen?" fragte er nach einiger Überlegung.

"Ja, ich habe schon den Telegraphen bedient."

"Ach . . . Nun, wir wollen sehen. Gehen Sie vorläufig nach Lubelschnia. Ich habe dort schon einen führen, aber der ist ein ganz untrüglicher Kerl."

"Worin wird meine Tätigkeit bestehen?" fragte ich.

"Das wird ich Ihnen zeigen. Gehen Sie nur hin, ich werde das Nötige anordnen. Aber um das eine muß ich Sie bitten: daß Sie mir nicht trauen und mich mit kleinen Blitschriften behelligen. Sonst sage ich Sie gleich hinaus."

Er ließ mich stehen und rückte mir nicht einmal mit dem Kopf. Ich verbeugte mich vor ihr und seiner Tochter, die in der Zeitung las, und ging. Es war mir so traurig zumute, und ich hatte so wenig Lust, die Stadt zu verlassen. Ich liebte meine Vaterstadt. Sie schien mir so hübsch und heimlich. Ich liebte dieses Gelände, diese stillen, sonnigen Morgenstunden, das Läuten unserer Kirchenglocken; aber die Menschen, mit denen ich in dieser Stadt zusammenwohnte, langweilten mich und waren mir fremb, zumeist sogar widerlich. Ich liebte sie nicht und verstand sie auch nicht.

Ich konnte nicht verstehen, wozu und wovon alle diese fünf- und zwanzigtausend Menschen existierten. Ich wußte, daß die Stadt Klimt von Stiefeln lebte, daß Tula Samowars und Weine produzierte, daß Odessa eine Hafenstadt war, was aber welche Stadt darstellte und was sie leistete, das war mir unbekannt. Die Große Adelsstraße und noch zwei andere bessere Straßen lebten von Jungen und von den Geschäftsmännern, die der Staat den Beamten zahlte; wovon aber die übrigen acht Straßen leben, die parallel zueinander drei Meter weit liegen und hinter dem Hügel verschwanden, das war für mich immer ein unlösbares Rätsel. Und wie diese Menschen lebten, das war die reinste Schande! Es gab weder einen Stadtpark, noch ein Theater, noch ein aussändiges Orchester; die Stadt- und die Klubblätter wurden ausgeschließlich von halbwüchsigen Jungen besucht, und die Zeitschriften und neuen Blätter lagen monatelang unaufgeschauten herum; selbst die reichen und gebildeten Menschen schliefen in schwieligen, engen Räumen auf Holzbetten mit Ungeziefer, hielten ihre Kinder in schweißigen, schwitzigen Löchern, die sie Kinderzimmer nannten, und die Dienstboten, selbst die alten und geachteten, mußten in der Küche auf dem Fußboden schlafen und sich mit elenden Lumpen abdecken. In Kleidungsstücken roch es in allen Häusern nach Kohluppe, und an Tagen — nach Stärke und Sonnenblumenöl. Man aß schlechte Zubereitete Speisen und trank ungefundenes Wasser. Im Rathaus, beim Gouverneur, beim Bischof, in allen Häusern sprach man jahrelang davon, daß wir in unserer Stadt kein billiges, gutes Trinkwasser haben, und daß man beim Staat eine Kartelei von zwanzigtausend Rubel machen sollte, um eine Wasserleitung zu bauen; auch die sehr reichen Leute, von denen es in unserer Stadt an die drei Dutzend gab, und die manchmal ganze Güter am Kartentisch verspielten, tranken das schlechte Wasser und brachten ihr Leben lang mit großem Eiser von der Knielehe. Ich

dompte das nicht verstehen: mit ihnen es viel einfacher, die zweihunderttausend Rubel aus eigener Tasche zu zahlen.

Ich kannte in unserer Stadt keinen einzigen ehrlichen Menschen. Mein Vater nahm Bezeichnungsgelder an und bildete sich ein, daß man sie ihm aus Achtung für seine ehrlichen Eigenschaften schenke; die Beamten mußten, um alljährlich verlegt zu werden, zu ihren Lehrern in Pension gehen, wosollt sich diese ordentlich bezeichnen ließen; die Frau des Stadtkommandanten ließ sich zur Zeit der Einberufungen von den Rekruten bestechen und sogar mit Alkohol traktieren, und einmal passierte es, daß sie in der Kirche beim Gottesdienst unmöglich von den Kneien austreten konnte, da sie betrunken war; auch die Aerzte mußten bei den Einberufungen geschmärt werden, und der Bezirksarzt und der Veterinär hatten alle Fleischläden mit einer Steuer belastet; an der Kreisschule konnte man Vitale kaufen, die die Berechtigung zum Freiwilligendienst geben; die Präföfe nahmen von den ihnen unterstehenden Geistlichen und Kirchenvorstehern Geldgeschenke an; in allen Klemtern rief man jedem Besucher nach: "Es ist üblich, sich zu bedanken!", und der Besucher schrie um, um dreißig oder vierzig Kopeken zu geben. Diejenigen aber, die keine Bezeichnungsgelder annahmen, wie die Gerichtsschamänen, waren höchstmächtig, reichten bei der Bezeichnung nur zwei Finger, zeichneten sich durch die Größe und Belärmtheit ihrer Urteile aus, waren dem Klang und dem Trunk ergeben, heizten reich und wilden auf ihre Umgebung zwecklos häßlich und demoralisierend. Nur die jungen Mädchen achteten Reinheit; die meisten von ihnen hatten hohe Bestrebungen und ehrliche, feuchte Seelen; aber sie verstanden das Leben nicht und glaubten, daß die Bezeichnungsgelder in Anerkennung der ehrlichen Eigenschaften gegeben werden. Wenn sie aber heirateten, alterten sie schnell, versumpften schnell und verloren hoffnungslos im Schlamm der trivialen, kleindärglerischen Existenz.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Altes Theater. (Anna Walewska.) Wenn von Herrn Eulenbergs sonst nichts vorhanden wäre — dies eine Stütze genügen, um zu beweisen, daß er ein Dichter und überdies ein Dramatiker von hohen Graden ist. Dieses Stück, in seiner Grundlage die Schöpfung eines 25jährigen, in seiner heutigen, nicht bloß geglätteten, sondern auch in wesentlichen Zügen erweiterten und vertieften Gestalt das Werk des gereiften Mannes, ist voll dramatischer Handlung und durchdringt von dichterischer Schönheit. Mit sicherer Hand hat der Dichter die Entwicklung der unnatürlichen Liebesbeziehung zwischen Vater und Tochter aus natürlichen fehllichen Voraussetzungen bis zur wild emporsprudelnden Glut vernichtenden Sinnentzumes gestaltet, hat er die Zwangsläufigkeit dieser Entartung ursprünglich gefunden und fühlens glaubhaft zu machen verstanden. Daran hing hier alles, denn da Eulenbergs aus dem Grafen weder ein verletztes Scheusal noch einen Wohnzimmers gemacht hat, sondern ihn lediglich ein vollgerüstetes Nach polnischen Adelshochmuts und bis in Wildheit umschlagenden Herrenwillen gegeben hat, so mußte er um so sicherer den Zuschauer überzeugen, daß dieser Schauspieler mit Notwendigkeit zu der Tat getrieben wird, der sein Opfer, seine Tochter Anna, nur durch freiwilligen Tod zu entgehen vermag. Und diese Aufgabe hat Eulenbergs bewundernswert, und mit der Kraft des Dichters hat er um das Entzückende den Vorurteil der Kunst zu breiten vermocht, daß dem Auszuhauer nur die reine, erhabende Erzählung bleibt. Hier ist wirklich die Materie restlos durch die künstlerische Durchdringung überwunden, ohne daß deshalb der wild dahinrasende Gleichklang der Leidenschaft in einengenden Manieren gezwängt wurde.

Dunkle, schwer dastende Blüte einer Verschärfungskunst, wie sie die bürgerliche Kultur im Zeitalter ihres Absiegens noch hervorbrachte. Ihre reife, schwermüde Schönheit zeigt als Merkmale der nahenden Auflösung — die Neuromanik, die sich vom Leben der Gegenwart abwendet, die Gesellschaftsprobleme aus dem Wege geht, die sich vom Volk abkehrt, das in der vorhergehenden naturalistischen Periode den ehrlichen Helden der Dichtungen abgab, diese Kunst die sich in das Seelensebenen einzeln verließ, ist ebenso eine Flucht aus unbefriedigender Gegenwart wie ihre Vorgängerin im 19. Jahrhundert.

Den romantischen Charakter des Werks hat Dr. Kronachers Inszenierung trefflich erwähnt. Düster-schöne Bilder, in denen es von verhaltener Glut attiert, seinfühlige Farbenzusammensetzungen, die dem Auge wohlstun.

Die Darstellung war eine der besten, die die städtische Bühne gehoben hat. Die Anna Walewska (Margarete Antons) war eine wohldurchdachte und gemessene Leistung — der Übergang von der frischen Unbeschangenheit des Jungmädchens zur furchtbaren Erkenntnis, die Häßlichkeit der in den wilden Umarmungen des Vaters zerbrechenden, die wildstotternde Angst der Unqualischen vor dem Geschlecht und vor sich selbst, das alles wurde mit erschütternder Wahrheit gegeben. Polkar Körner stand in der Rolle des gräßlichen Bildhauers volles Genüge für seine reichen Kräfte — nur an der Leiste seiner Tochter hätte etwas mehr menschliche Erklärlung durch die erforderliche Hülle scheinen dürfen. Die Nebenfiguren, Gräfin Eva Walewska (M. Otto-Morenstein), Graf Solki (Embold Schindler), Thaddäus (Karl Suth), Prior (Heribert Höhner), Bural (Wilhelm Knost), Rosenk (Alfred Schlaeter), Stanislaw (Arthur Atlas) wurden durchaus sehr wacker dargestellt.

H. B.

Operettentheater. (Gästespield Frik Schmalz.) Die Gaestespiele auf Ausstellung dauern an. In der Rose von Stambul stellt sich am Freitag Herr Frik Schmalz aus Stuttgart vor. Er hat einen nicht übeln Tenor. Schade, daß er ihn so leicht behandelt. Daraus föhrt er die Mirkung und verführt auf die Dauer keine Mittel — wir haben loschar abhängenden Stimmen des Operettentheaters als warnende Beispiele genau. Auch das Spiel des Gastes ist noch sehr wenig ausgebildet. Ob man nach Entwicklungsfähigkeit, die Möglichkeit zur Verbesserung bleier Fleisch voraussehen darf? Nach der ersten Probe ist das kaum zu beurteilen.

H. B.

Kleines Theater. Der Raum der Sabinerinnen. Der tödlichen Darstellung des Schmierendirektors Stiehle durch William Müller ist es zu danken, daß man den tollen Unruh amüsiert hinnahm und zwiebelfscherlütend lachte. Manchmal hätte man Herrn Müller allerdings eine Nuance der verbernen Komik weniger gewünscht. Wenigstens neben dem Schmierendirektor stand der Professor Gosselin des Herrn Mökel der gleich lästisch in Spiel und Maste, unter dem starken Regime der Frau Professor fast ausnehmend abmagerte.

Ch. H.

Konzert des Arbeitsbildungsinstituts. Der erlebte Genuss, den eine Gewandhausaufführung unter dem Direktorat Nikischs bedeutet, wurde leider etwas dadurch getrübt, daß wegen plötzlicher Erkrankung Witia Nikischs, der das E-Woll-Konzertkoncert von Chopin hätte spielen lassen, das Programm geändert werden mußte — und leider nicht sehr läßlich: nach der lieblich-romantisch hingebuchten Hebridens-Duett-Konzerte von Mendelssohn und der prachtvollen Es-Dur-Sinfonie von Mozart, die in der Geschlossenheit und Reinheit ihres Aufbaues, in der Narbenfreiheit jedes einzelnen ihrer Sätze, in der feinen Abgedämpftheit der Gefühle von der feierlichsten

Tiefe bis zum überbäuenden Humor eines der bedeutendsten Meisterwerke des großen Komponisten darstellt, aber leider von Nikisch etwas zu schwer und ernst gespielt wurde, folgten nicht weniger als drei Wagnerkonzerte, jede in ihrem Charakter und im musikalischen Aufbau von der andern grundverschieden. Es war ein bißchen viel vom Hörer verlangt, sich von der erlösendsschönen Stimmung der Holländer-Duett-Konzerte, in der Kitz und Erhabenheit miteinander um die Herrschaft streiten, in die weltenrüttenden Tiefen der Tristan-Liebe zu versetzen und zum Schlusß sich in das herzlich helle Tongemälde der Meistersinger-Duett-Konzerte zu versenken. Das Verdienst Nikischs wird aber dadurch nicht geschmälert: Wagner ist seine Stärke, da konnte er, dem die Kraft und Erhabenheit so liegt, sich ganz ausleben und Orchester und Zuhörer folgten ihm willig ob.

Konzerte. Das 20. Sinfoniekonzert des Philharmonischen Orchesters war der Romantik gewidmet. Mendelssohns Italienische Sinfonie leitete den Abend ein und ließte in ihrer musterhaften Wiedergabe, die alle ihre Zartheiten in feinstter Klarheit herausbrachte, den Hörer in die Grundstimmung der Romantik außerordentlich gut ein. Auf dieser Grundlage konnte man dann das Violakonzert von Rudelitz, einem Neutoromantiker, richtig würdigen, das allerdings ohne diese Vorbereitung kaum sonderlich interessiert hätte. Liszt zeigte sich an diesem Abend in seiner sinnlichen Dichtung Orpheus und von der romantischen Seite. So wirkte der ganze Abend überaus einheitlich. Das Philharmonische Orchester leitete unter Herrmann Metz's Leitung vorzügliches. Auch Johannes Witter's seinfühliges und lebendiges Violinspiel trug viel zu dem guten Ergebnis des Konzerts bei. — Der Liederabend von Marie Navrov und Hermann Törf gab ein Bild von der russischen Gesangskunst unter dem alten Regime. Das uns Deutschen die heide und doch gefühlsvolle Art dieser Kunst liegt, kann man nicht gerade behaupten. Vor allem ist es für uns schwer, deutsche und italienische Musik, auf die Weise vorgetragen, zu genießen, zumal wenn noch der speziell russische Volksstil die Aussprache verdüstert. Das Stilekleinje an diesem Abend waren die russischen Lieder von Tschaikowsky, die Maria Rapp mit ihrer metallischen Stimme und doch überaus schmeichelnden Stimme vortrug. Der Bariton Hermann Törf ist wenig umfangreich und hat in der Tiefe nicht die nötige Fülle. Und man sollte doch auch endlich einmal damit brechen, Bruchstücke aus Opern und Oratorien in den Konzertsaal zu bringen. Die unantbare Aufgabe der Begeleitung löste Max Ludwig mit bestem Gesten.

Das Problem beseitenden Tiere und einige spirituelle Kapitel waren es im wesentlichen, die Herr Czerny in den zwei Vorträgen vom 16. und 23. Februar behandelte. Die vorgebrachten Erläuterungen waren nicht neu. Sie beruhten in der Hauptsache auf der auch an dieser Stelle schon öfter besprochenen Ansicht, daß unser seelisches Leben entweder überbewußt oder unterbewußt sei. Das Unbewußte bezw. Unterbewußte hat ja besonders in den Theorien neuerer Psychiater, die sich vornehmlich mit dem Studium des Traumes, der Hypnose u. ä. Erfahrungen beschäftigen, immer mehr an Bedeutung gewonnen. Nur scheint mit diesen Bewußtsein und Unterbewußtsein nicht jener schroffe Unterschied zu bestehen, wie ihn der Vortragende beschreibt; es handelt sich vielmehr um schlichtweise Abstufungen von zahlreichen Bewußtseinsgraden. — Eine zweite Voraussetzung, die Herr C. macht, ist die Annahme einer Gedankenübertragung, und zwar nicht nur einer solchen von Mensch zu Mensch, sondern auch einer solchen von Mensch zu Tier. Wir haben hier von seinem Standpunkt eingetragen, daß eine solche "Seelenharmonie" nicht unmöglich ist, doch sie aber bis heute noch nicht als wissenschaftlich erwiesen gelten kann. C. vertrat nun die bereits von anderer Seite gefaßte Ansicht, die Fragesteller hätten durch ihr Unterbewußtsein die in der Klopftasche antwortenden Tiere beeinflußt und diese, natürlich unbewußt, nur zum Echo ihrer eigenen Wünsche gemacht. Bewiesen wurde diese Behauptung nicht und bleibt vorläufig nichts anderes als eine Deutungsmöglichkeit. Aber es wurde doch ganz richtig auf mehrere Momente hingewiesen, die es unwahrscheinlich machen, daß jene "sprechenden" Tiere selbständig zu denken vermögen. Es hat nie festgestellt werden können, daß sich z. B. die kätzischen Perioden gegenseitig unterhalten, daß sie intelligent gehandelt hätten, vielmehr war zu auffällig, daß ihre Neuerungen, wie die des "Klugen" Hundes Nossi, rein menschliche Beziehungen enthielten. Wenn freilich Herr C. andauernd die modernen Tierpsychologen durch die Bank der Unkenntnis beschuldigt und ihnen vorwirkt, daß sie ihre Tiere für intelligent erklärt, dann kann das nur daran liegen, daß er die neuere Tierpsychologie ungern kennt. — Was er über Spiritualismus vortrug, erläuterte er auf den Glauben — mehr ist es nicht —, daß nicht nur Menschen, Tiere und Pflanzen, sondern auch Mineralien innerhalb ihres stofflichen Körpers noch Netherkörper hätten. Solange man mit den Materialisationen solchen Gastes immer nur in den bekannten Lichtbildern vorführt, glaube ich nicht daran.

Gustav Hermann, der Humorist mit der Feder und mit dem gesprochenen Wort, trug Sonntagsabend im Kurtheater Stütze „hartlos-heiteren Humors“ — Vortraltung, das Wort heißtet auf dem Titel — in gebundener Sprache und in Prosa vor. Das Programm wies die Namen Schiller, Goethe, Höriñe, Mörike, Storm, Fontane, Bierbaum, Moroenstein, Hermann, Thoma, Querl, Averlischens, Zellerström, Reimann und andre auf — die geschmackvolle Auswahl und der behaglich auskostende, dramatisch-karakterisierende Vortrag hätten ein größeres Publikum verdient. Ist den Westfalen diese Kost zu fehl, oder war die Veranstaltung (7 Uhr Beginn) für sie zu früh gelegt? — Am Dienstagabend will Gustav Hermann häufiger kommen: er verspricht unter der Einfälle „Der Frechdachs“ Satire und Erotik.

H. D.

Schauspielhaus. Die Direktion des Schauspielhauses hat mit Ludwig Willner für Ende des Monats ein abendliches Gastspiel abgeschlossen. Willner wird Nathan, Faust und den Nohern spielen. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Eine Ausstellung „Werbe Kunst“ veranstaltet die Akademie für Graphische Künste und Buchgewerbe in der Mezzanine in ihrer Aula, Wächterstr. 11, wochentags von 10-1 und 2-6, Sonntags von 10-1 Uhr.

Der Thomancor. wird in dem am 8. März im Logenhaus (Weinstraße 1) unter Leitung von Günther Ramann stattfindenden Konzert mitwirken und weltliche Chorflieder von F. H. Schein, Demlin, Sensi, Melchior Franck und Adam Krieger vortragen. Werner gelanzt F. S. Bachs ländliche Käse-Kantate (Ulrich Helling, Hans Lissmann, Dr. W. Rosenthal) zur Aufführung.

Eingelaufene Schriften.

Hest 4 der „Volksbühne“, Zeitschrift für soziale Kunstpflege. Herausgegeben von der Volksbühne e. V. in Berlin C. 23, Linienstraße 227.

Hans Günther, Wellentelegraphie. Frankfurter Verlagsanstalt. Geh. 6.80 M., geb. 9.80 M.

Reichstag.

Berlin, 5. März, nachmittags 5 Uhr.
Am Regierungstische: Gehrenbach, Heinze, Koch usw. — Haus und Tribünen sind stark besetzt.

Protest gegen das Verhalten des Präsidenten.

Präsident Doebe erklärt, dass wegen der Vorgänge in der Freiheitssitzung eine Aussprache im Abteilungsamt stattgefunden hat. Sie habe damit geendet, dass ein Vorschlag angenommen wurde, dass die ausstehenden Meldungen zur Geschäftsordnung heute vor Erledigung der Tagesordnung angenommen werden. Ich bitte, keinen Redner durch Zwischenrufe in seiner Redefreiheit zu behindern. Wenn jemand glaubt, dass etwas geschieht, das sein Gefühl nicht ertragen kann, so dient er der Geschäftsordnung besser, wenn er den Saal verlässt, als wenn er seinem Unwillen allzu ungehemmt Ausdruck gibt.

Abg. Hoffmann (Komm., zur Geschäftsordnung): Der Präsident des Reichstags hat in der gestrigen Sitzung die Rede des englischen Ministerpräsidenten unvollständig wiedergegeben und an den von ihm verlesenen Teile sachliche Bemerkungen geknüpft, die nach außen den Anschein einer nationalistischen Einheitsfront porträtierten wollten, obwohl das Haus vorher beschlossen hatte, nicht in eine Aussprache über diese Angelegenheit einzutreten. Darauf hat der Präsident sowohl eine Protesterklärung gegen sein geschäftsordnungswidriges Verhalten als auch über seine sachlichen Bemerkungen jede Aussprache verhindert, indem er das Wort zur Geschäftsordnung und zur Tagesordnung verweigerte. Wir haben dem Präsidenten nicht den Auftrag gegeben, in unserm Namen zu reden, und müssen uns jeden Besuch, an Stelle der Aussführungen unseres Redners, die des Präsidenten zu sezen, verboten. Deswegen erhebt die Fraktion der KPD, allerhöchsten Protest gegen das Verhalten des Präsidenten. (Beifall bei den Kommunisten.)

Abg. Erpelin (U. Soz.): Wir schließen uns diesem Protest an. Der Präsident hat nur die Teile der Rede verlesen, die die angekündigten Maßnahmen enthalten. Er hat damit einen ganz falschen Eindruck erweckt, weil in der Rede auch Teile enthalten sind, aus denen hervorgeht, welche Möglichkeiten noch vorhanden sind, um weitere Verhandlungen zu führen und die angekündigten Maßnahmen zu vermeiden. Der Präsident hat eine tendenziöse Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Sinne chauvinistischer Volksverehrung vorgenommen. Wir erheben daher gegen allerhöchsten Einpruch. (Beifall bei den U. Soz. und Komm.)

Präsident Doebe: Sie werden es verstehen, dass ich, trotzdem ich das Bedürfnis fühle, auf diese Vorwürfe einzugehen, es im gegenwärtigen Augenblick nicht tue. (Lebhafte Zustimmung.) Bei der Novellierung der Geschäftsordnung werde ich darauf zurückkommen.

Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt: Entgegnahme einer

Erklärung der Reichsregierung.

Abg. Levi (Komm.) beantragt, als weiteren Punkt auf die Tagesordnung zu setzen: Stellungnahme der Parteien zu der Erklärung der Reichsregierung. (Lachen und Zurufe: Das ist doch selbstverständlich!)

Präsident Doebe: Es ist selbstverständlich, dass sich heute eine Aussprache der Parteien anschließen wird.

Der Antrag Levi wird abgelehnt.

Reichskanzler Gehrenbach: Der Reichstag hat den Wunsch geäußert, über den Gang der Verhandlungen in London unterrichtet zu werden. In den Tagen, da unsere Augen mit der größten Aufmerksamkeit auf London gerichtet sind, darf der Ort ernstester Entscheidungen der deutschen Lebensfragen, ist natürlich der Deutsche Reichstag als Repräsentant des deutschen Volkswillens mehr als je von dem Verantwortungsfühl durchdrungen, das den politischen Faktoren unterlegt ist. Es hat aber auch das Kabinett die Frage sorgfältig geprüft, ob und inwieweit es im gegenwärtigen Moment mit Erklärungen in diesem hohen Hause die Ausgaben bedenken oder sondigen kann, die unsern Unterhändlern in London obliegen. Diese Erwägungen haben das Kabinett zu der Überzeugung geführt, dass wir uns während der schwierenden Verhandlungen auf ein Mindestmaß öffentlicher Erklärungen zu beschränken haben. (Hört, hört! und Unruhe bei den Komm. und Unabh.) Ich halte mich daher für verpflichtet, über folgende Erklärungen nicht hinauszugehen: Das Kabinett muss entscheidendes Gewicht darauf legen, dass unsre Unterhändler bei der Durchführung ihrer Aufgaben durch einen in seinen Folgen unübersehbaren Eingriff von hier nicht gestört werden. Im Einklang mit den vom Reichstag gebilligten Richtlinien hat der Minister des Auswärtigen vom Kabinett den Auftrag mitgenommen, dass er seine Unterschrift unter keinerlei Verpflichtungen setzen darf, die das deutsche Volk nicht tragen könnte. In diesem Auftrage ist nichts geändert worden und wird nichts geändert werden. (Beifall bei der Mehrheit.) Das Kabinett ist überzeugt, dass der Minister des Auswärtigen alle Unterhandlungsmöglichkeiten innerhalb der gezogenen Grenzen ausuntern wird. (Zuruf Hoffmanns: Welches sind die Grenzen?) Lassen Sie mich der sicherer Erwartung Ausdruck geben, dass das deutsche Volk die Unterschrift seiner Beauftragten einlösen wird, wenn sie eine Zusage degt, die nach sorgfältiger Prüfung die Grenzen äußerst möglicher Leistungen innehat; dass das deutsche Volk aber ebenso fest hinter seinen Beauftragten stehen wird, wenn sie sich weigert, ihren Namen unter ein Schriftstück zu setzen, dessen Erfüllung unmöglich ist. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Müller-Franken (Soz.): Die Rede des Herrn Reichskanzlers hat keine Überraschungen gebracht. In ihr ist für mich der entscheidende Satz der, dass der Reichsausßenminister alle Unterhandlungsmöglichkeiten innerhalb der gezogenen Grenzen ausübt. Ich kann mir diese Erklärung des Reichskanzlers nur so auslegen, dass er auf Grund der Verhandlungen in London zur Zeit nicht in der Lage ist, uns mehr zu sagen. (Unruhe bei den Komm. und U. Soz.) Wir verstehen die Situation in keiner Weise, unter der der Reichsausßenminister in London zu verhandeln gewusst ist, und ich verstehe, wenn die Reichsregierung gewisse Bedenken gehabt hat, diese Verhandlungen hier anzulassen. Aber auf der andern Seite soll man sich darüber klar sein, dass in dieser für das Reich sowie für das Volk so schicksalshorrende Situation der Deutsche Reichstag Gelegenheit bekommt, seiner Auffassung Ausdruck zu geben, besonders ansichtig der jüngsten Rede des englischen Ministerpräsidenten Lloyd George in London. Unsere Sichtung zu der Erklärung des Reichskanzlers, soweit der sachliche Inhalt der Unterhandlungen in Betracht kommt, lehnt sich an an die Erklärung, die ich bereits im Auftrage meiner Fraktion von dieser Stelle aus am 2. Februar abgegeben habe. Wir halten die Pariser Abmachungen für unausführbar für Deutschland. Im Falle der Ratifizierung würden nach unserer Auffassung Regierung und Parlament sich einer Unwahrheit schuldig machen. Die Unterschrift würde aber auch gar nichts nützen, weil die wirtschaftliche Krise, unter der alle Länder leiden, sich zur europäischen Katastrophe auswachsen würde. Auf der andern Seite sind aber die Trümmerfelder, denen gegenüber wir positive Vorschläge zu machen haben. Wir haben immer erklärt, dass wir alles tun wollen, damit diese Ruinen wieder hergestellt werden, an denen sich der Haß in Europa immer aufs neue entzünden würde, solange sie bestehen blieben. (Sehr richtig!) Es wäre angebracht, Mitglieder der Ententekommissionen nach dem wiederaufgebauten Ostpreußen zu führen, um zu zeigen, was deutsche Tapfer während des Krieges in verhältnismäßig kurzer Zeit dort geleistet hat. Und die Erklärung, dass wir bereit sind, in ähnlicher

Weise in Nordfrankreich wirken zu wollen, unter voller Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung und in gemeinsamer Arbeit deutscher und französischer Arbeiter, Angestellten und Amtstümern, so würden wir bald auch eine Versöhnung anbahnen, die fröhlich für die Wiedergebundung Europas tragen könnte. (Sehr richtig!) Aber ich weiß, dass es in Frankreich Leute gibt, die das nicht wollen, — Kriegsgewinner, die die gleichen Gewinnherrschaften, die sie während des Krieges hatten, über den Krieg hinaus ausnutzen möchten. Wir wissen aber auch, dass diese Kriegsgewinner in Frankreich ebenso wenig beliebt sind wie bei uns. (Sehr richtig!) Darauf kommt es aber nicht an. Es kommt in erster Linie auf die Arbeiterschaften an, und ich kann nur wieder betonen, dass die organisierten deutschen Arbeiter sich immer und immer wieder bewähren werden, mit den französischen Arbeitern zu einem Baut zu gelangen, um ein gemeinsames Wiederaufbauprogramm zu gestalten. Bis Mitte Februar haben in Genf unter dem Vorsitz des Präsidenten des Internationalen Arbeitsamtes des Völkerbundes, Albert Thomas, Verhandlungen zwischen den Vertretern der deutschen und französischen Arbeiterorganisationen stattgefunden über die Frage des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete in Nordfrankreich. Der entscheidende Passus der gemeinsamen Entschließung, die am Ende der Verhandlungen gefaßt wurde, lautet: „Die Organisationen der Bauarbeiter Frankreichs und Deutschlands haben den Wunsch, an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich gemeinsam mitzuwirken. Wir erwarten, dass die Arbeiten unverzüglich aufgenommen werden. Wir wissen, dass die Wiedergutmachung keine Quelle unberechtigter Gewinne werde.“ An diesen Verhandlungen hat der Leiter der französischen Bauarbeiterorganisationen teilgenommen. Aufgabe der europäischen Regierungen wäre es, auf diese Entschließung Rücksicht zu nehmen; doch scheint es, als ob sie den Entente-regierungen unbekannt geblieben ist. Auch die deutsche Regierung müsste die Bemühungen fördern, bei denen die deutsche organisierte Arbeiterschaft gegenüber der ganzen Welt als wichtiger Garant des Ausbaus wirken würde.

Ich glaube heute noch, dass Lloyd George unter dem ersten Eindruck der deutschen Vorschläge steht. Ich will keinen Vergleich ziehen mit den Ausführungen des englischen Nationalökonomen Keynes, aber ich will darauf hinweisen, dass Deutschland eine Anleihe von 8 Milliarden Mark angeboten hat, für die es den Gläubigern die notwendigen Sicherheiten bietet will. Keine der Finanzautoritäten, mit denen ich über dieses Angebot gesprochen habe, hält die Auswirkung dieser Summe auf dem internationalen Geldmarkt für möglich. Mit Anwendung von Sanktionen kann man nur neue Unruhe in die Welt bringen, die der Ruhe so sehr bedarf; man kann damit nur politische und wirtschaftliche Zusammenhänge zerstören. Nach vierzehn Jahren Krieg muss die Welt einsehen lernen, dass brutale Gewalt kein Faktor ist, um Nüsse wieder aufzublühen zu lassen. Von der Regierung erwarten wir, dass man in London jeden möglichen Verhandlungsweg betrifft. (Zustimmung links.) Die Anwendung von Sanktionen muss vermieden werden, soweit das an uns liegt. Wenn unsre Gegner sie dennoch anwenden, so wird jedem objektiv stellenden klar sein, dass das moralische Recht auf unserer Seite ist. (Lachen rechts; Zustimmung links.) Ein Verhandlungsgegenstand kann zum Beispiel die Frage der Vorleistungen sein. Der Maßstab für die Erfolgsleistungen kann aber nur die Leistungsfähigkeit sein, die uns noch bleibt. (Allgemeine Zustimmung.) Innerhalb dieser Leistungsfähigkeit müssen wir bis an die äußersten Grenzen gehen. (Sehr wahr!) Wir haben heute wieder den Zustand wie im Kriege, doch sich die Militärischen und Nationalisten aller Länder gegenseitig in die Hände arbeiten. (Unruhe rechts, Zustimmung bei den Soz.) Als unsre Aufgabe betrachten wir es, diesen Leuten im eigenen Lande das Handwerk zu legen. Leider finden wir hier nicht immer die Unterstützung derjenigen Kreise, die uns dabei unterstützen sollten. Es ist äußerst unangenehm, dass uns Lloyd George jetzt wieder daran erinnert, dass die Entwaffnungsklauseln nicht durchgesetzt sind, dass die Selbstschutzorganisationen weiterbestehen, die wir schon deshalb bekämpft haben, weil wir sie als Stoßtruppe gegen die deutsche Republik ansehen. (Große Unruhe rechts.) Wir verlangen schleunige Entwaffnung dieser bewaffneten Banden. Es ist heute wieder viel von der notwendigen Bildung einer Einheitsfront die Rede. Solange die Gegenseite in der Entwaffnungsfrage vorliegen sind, ist die Einheitsfront praktisch unmöglich. (Graf Westarp (Dritter): Sehr richtig!) Wir sind mit den übrigen Parteien einer Meinung darin, dass das unerfüllbare Pariser Diktat von uns nicht akzeptiert werden kann; wie aber über diesen negativen Standpunkt hinaus eine Plattform für die Einheitsfront gebildet werden soll, verstehe ich nicht. Es schadet uns nichts, wenn das vor der ganzen Welt zum Ausdruck gebracht wird. In Flensburg ist in dieser Woche auf der Stimmenswert ein neuer Dampfer herausgebracht, der ausgerechnet mit dem Namen eines Mannes in die Welt hinausgeht, der als einer der typischsten Vertreter des alten Regimes gilt. (Errechte Zurufe rechts.) Dieser Mann wird von den weiteren Kreisen des deutschen Volkes als einer der schlimmsten Reichsnerbvere angesehen. (Erneuter Lärm rechts.) Die Arbeiterschaft Deutschlands empfindet es als die frechste Provokation. (Zustimmung links, erneuter großer Lärm rechts.) Und da verlangen Sie (nach rechts) von uns die Bildung einer Einheitsfront mit Ihnen? (Zurufe rechts.)

Präsident Doebe: Herr Abg. Graefe, Sie haben zu vielen Malen den Redner angerufen, er spreche im Namen des französischen oder des englischen Volkes. Diese Zurufe rüge ich als unzulässig. (Lebhafte Beifall)

Abg. Müller-Franken (Soz.): Die Rede des Herrn Reichskanzlers hat keine Überraschungen gebracht. In ihr ist für mich der entscheidende Satz der, dass der Reichsausßenminister alle Unterhandlungsmöglichkeiten innerhalb der gezogenen Grenzen ausübt. Ich kann mir diese Erklärung des Reichskanzlers nur so auslegen, dass er auf Grund der Verhandlungen in London zur Zeit nicht in der Lage ist, uns mehr zu sagen. (Unruhe bei den Komm. und U. Soz.) Wir verstehen die Situation in keiner Weise, unter der der Reichsausßenminister in London zu verhandeln gewusst ist, und ich verstehe, wenn die Reichsregierung gewisse Bedenken gehabt hat, diese Verhandlungen hier anzulassen. Aber auf der andern Seite soll man sich darüber klar sein, dass in dieser für das Reich sowie für das Volk so schicksalshorrende Situation der Deutsche Reichstag Gelegenheit bekommt, seiner Auffassung Ausdruck zu geben, besonders ansichtig der jüngsten Rede des englischen Ministerpräsidenten Lloyd George in London. Unsere Sichtung zu der Erklärung des Reichskanzlers, soweit der sachliche Inhalt der Unterhandlungen in Betracht kommt, lehnt sich an an die Erklärung, die ich bereits im Auftrage meiner Fraktion von dieser Stelle aus am 2. Februar abgegeben habe. Wir halten die Pariser Abmachungen für unausführbar für Deutschland. Im Falle der Ratifizierung würden nach unserer Auffassung Regierung und Parlament sich einer Unwahrheit schuldig machen. Die Unterschrift würde aber auch gar nichts nützen, weil die wirtschaftliche Krise, unter der alle Länder leiden, sich zur europäischen Katastrophe auswachsen würde. Auf der andern Seite sind aber die Trümmerfelder, denen gegenüber wir positive Vorschläge zu machen haben. Wir haben immer erklärt, dass wir alles tun wollen, damit diese Ruinen wieder hergestellt werden, an denen sich der Haß in Europa immer aufs neue entzünden würde, solange sie bestehen blieben. (Sehr richtig!) Es wäre angebracht, Mitglieder der Ententekommissionen nach dem wiederaufgebauten Ostpreußen zu führen, um zu zeigen, was deutsche Tapfer während des Krieges in verhältnismäßig kurzer Zeit dort geleistet hat. Und die Erklärung, dass wir bereit sind, in ähnlicher

Weise in Nordfrankreich wirken zu wollen, unter voller Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung und in gemeinsamer Arbeit deutscher und französischer Arbeiter, Angestellten und Amtstümern, so würde es bald auch eine Versöhnung anbahnen, die fröhlich für die Wiedergebundung Europas tragen könnte. (Sehr richtig!) Aber ich weiß, dass es in Frankreich Leute gibt, die das nicht wollen, — Kriegsgewinner, die die gleichen Gewinnherrschaften, die sie während des Krieges hatten, über den Krieg hinaus ausnutzen möchten. Wir wissen aber auch, dass diese Kriegsgewinner in Frankreich ebenso wenig beliebt sind wie bei uns. (Sehr richtig!) Darauf kommt es aber nicht an. Es kommt in erster Linie auf die Arbeiterschaften an, und ich kann nur wieder betonen, dass die organisierten deutschen Arbeiter sich immer und immer wieder bewähren werden, mit den französischen Arbeitern zu einem Baut zu gelangen, um ein gemeinsames Wiederaufbauprogramm zu gestalten. Bis Mitte Februar haben in Genf unter dem Vorsitz des Präsidenten des Internationalen Arbeitsamtes des Völkerbundes, Albert Thomas, Verhandlungen zwischen den Vertretern der deutschen und französischen Arbeiterorganisationen stattgefunden über die Frage des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete in Nordfrankreich. Der entscheidende Passus der gemeinsamen Entschließung, die am Ende der Verhandlungen gefaßt wurde, lautet: „Die Organisationen der Bauarbeiter Frankreichs und Deutschlands haben den Wunsch, an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich gemeinsam mitzuwirken. Wir erwarten, dass die Arbeiten unverzüglich aufgenommen werden. Wir wissen, dass die Wiedergutmachung keine Quelle unberechtigter Gewinne werde.“ An diesen Verhandlungen hat der Leiter der französischen Bauarbeiterorganisationen teilgenommen. Aufgabe der europäischen Regierungen wäre es, auf diese Entschließung Rücksicht zu nehmen; doch scheint es, als ob sie den Entente-regierungen unbekannt geblieben ist. Auch die deutsche Regierung müsste die Bemühungen fördern, bei denen die deutsche organisierte Arbeiterschaft gegenüber der ganzen Welt als wichtiger Garant des Ausbaus wirken würde.

Ich glaube heute noch, dass Lloyd George unter dem ersten Eindruck der deutschen Vorschläge steht. Ich will keinen Vergleich ziehen mit den Ausführungen des englischen Nationalökonomen Keynes, aber ich will darauf hinweisen, dass Deutschland eine Anleihe von 8 Milliarden Mark angeboten hat, für die es den Gläubigern die notwendigen Sicherheiten bietet will. Keine der Finanzautoritäten, mit denen ich über dieses Angebot gesprochen habe, hält die Auswirkung dieser Summe auf dem internationalen Geldmarkt für möglich. Mit Anwendung von Sanktionen kann man nur neue Unruhe in die Welt bringen, die der Ruhe so sehr bedarf; man kann damit nur politische und wirtschaftliche Zusammenhänge zerstören. Nach vierzehn Jahren Krieg muss die Welt einsehen lernen, dass brutale Gewalt kein Faktor ist, um Nüsse wieder aufzublühen zu lassen. Von der Regierung erwarten wir, dass man in London jeden möglichen Verhandlungsweg betrifft. (Zustimmung links.) Die Anwendung von Sanktionen muss vermieden werden, soweit das an uns liegt. Wenn unsre Gegner sie dennoch anwenden, so wird jedem objektiv stellenden klar sein, dass das moralische Recht auf unserer Seite ist. (Lachen rechts; Zustimmung links.) Ein Verhandlungsgegenstand kann zum Beispiel die Frage der Vorleistungen sein. Der Maßstab für die Erfolgsleistungen kann aber nur die Leistungsfähigkeit sein, die uns noch bleibt. (Allgemeine Zustimmung.) Innerhalb dieser Leistungsfähigkeit müssen wir bis an die äußersten Grenzen gehen. (Sehr wahr!) Wir haben heute wieder viel von der notwendigen Bildung einer Einheitsfront die Rede. Solange die Gegenseite in der Entwaffnungsfrage vorliegen sind, ist die Einheitsfront praktisch unmöglich. (Graf Westarp (Dritter): Sehr richtig!) Wir sind mit den übrigen Parteien einer Meinung darin, dass das unerfüllbare Pariser Diktat von uns nicht akzeptiert werden kann; wie aber über diesen negativen Standpunkt hinaus eine Plattform für die Einheitsfront gebildet werden soll, verstehe ich nicht. Es schadet uns nichts, wenn das vor der ganzen Welt zum Ausdruck gebracht wird. In Flensburg ist in dieser Woche auf der Stimmenswert ein neuer Dampfer herausgebracht, der ausgerechnet mit dem Namen eines Mannes in die Welt hinausgeht, der als einer der typischsten Vertreter des alten Regimes gilt. (Errechte Zurufe rechts.) Dieser Mann wird von den weiteren Kreisen des deutschen Volkes als einer der schlimmsten Reichsnerbvere angesehen. (Erneuter Lärm rechts.) Die Arbeiterschaft Deutschlands empfindet es als die frechste Provokation. (Zustimmung links, erneuter großer Lärm rechts.) Und da verlangen Sie (nach rechts) von uns die Bildung einer Einheitsfront mit Ihnen? (Zurufe rechts.)

Der Herr Reichskanzler hat seine kurzen Ausführungen mit einer Verbeugung vor der Idee des Parlamentarismus begonnen. Wer leider ist es bei dieser Verbeugung, dieser Höflichkeitlosigkeit, gebildet. Er hat es als durchaus verständlich bezeichnet, dass der Reichstag sich zu der brennenden Frage von London zu äußern das Bedürfnis habe. Er hat das Verantwortungsgefühl anerkannt, das im Parlament herrsche, und durch diese Wünsche zum Ausdruck bringe. Aber die Fortsetzung war dann die, dass er selbst diesem dringender und als berechtigt anerkannten Wunsch des Hauses nur durch eine so gut wie nichtslogische Erklärung Rechnung getragen hat, und dass er dann den mehr oder weniger unverhüllten Wunsch ausspricht, dass auch das Haus sich bei seiner Befreiung dieser Frage aus dem denkbaren Maß beschränke. Auch wir sind uns der Bedeutung der Situation und des Ernstes der Stunde durchaus bewusst, aber wir sind uns in ebenso hohem Maße des Rechtes und der Pflicht der Volksvertretung bewusst, in diesem Moment das Wort zu ergreifen, und, bevor in London eine endgültige Entscheidung fällt, die für die Masse des Volkes von den schwerwiegenden Folgen begleitet ist, unsre Ansicht über diese Verhandlungen und die Entscheidungsmöglichkeiten zum Ausdruck zu bringen. Am 2. Februar, als hier im Hause über diese Dinge gesprochen wurde, hat mein Pariserfreund Ledebour diese unsre Stellungnahme hier mitgeteilt. Er hat zunächst mit aller Schärfe zum Ausdruck gebracht, dass wir, was die Entwaffnungsforderung der Entente angeht, allerdings mit beiden Füßen auf dem Boden dieser Forderung stehen, weil wir sie nicht nur international, sondern weil wir sie auch für Deutschland für durchaus berechtigt und ihre Durchführung für absolut notwendig halten. Mein Freund Ledebour hat dann weiter ausgedehnt, dass wir die wirtschaftlichen Forderungen, die uns in Paris vorgelegt worden sind, allerdings nicht für durchführbar erachteten, nicht durchführbar im Interesse der deutschen Arbeiter und ebenso wohl vom Standpunkt der Arbeiter der ganzen Welt (Sehr richtig! bei den U. Soz.), dabei allerdings betont, wie unklug und wie verderblich es sei, wenn wir, wie es die Regierung damals tat, von vornherein erklärten, dass wir die Pariser Forderungen als Grundlage einer Diskussion schlechterdings ablehnen. Und der verdeckte Standpunkt, der hier im Hause von unsren Repräsentanten vertreten worden ist, ist auch draußen im Lande vertreten worden nicht in Deutschland allein von den deutschen Arbeitern, sondern tatsächlich erst in Wien von einem Forum, in dem die Arbeitervertreter aus allen europäischen Ländern gesessen haben. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Ich erinnere dabei an die ausführlichen Ausführungen, die in Wien über dieses Thema mein Freund Hilferding gemacht hat. Er hat im wesentlichen dasselbe gesagt, was wir hier im Hause und außerhalb des Hauses in Deutschland ausgesprochen haben, und die Wirkung war die, dass die Vertreter der englischen und französischen Arbeiterschaft respektlos den Darlegungen meines Freunds Dr. Hilferding zugestimmt haben (Hört, hört! bei den U. Soz.), dass sie respektlos von dem Standpunkt abgerückt sind, den die herrschenden Klassen in England und Frankreich gegenüber Deutschland und den deutschen Arbeitern annehmen. (Sehr wahr! bei den U. Soz.)

Genoss Breitscheid versteht daraus die unsern Leuten bereits bekannte, von dem französischen Genossen Mistral eingebrachte und von der Wiener Konferenz einstimmig angenommene Resolution über die Wiedergutmachung in ihren entschiedenen Stellen und führt dann fort: Sie sehen, wir als eine auf internationalem Boden stehende Partei haben uns in dieser Frage nicht darauf beschränkt, leere Proteste in die Welt hinzuschicken, wir haben die Vertreter der Arbeiterschaft in den andern Ländern über diese Frage beraten, und wir sind mit ihnen dazu gekommen, positive Vorschläge für die Frage der Wiedergutmachung zu entwerfen. (Sehr richtig! bei den U. Soz.) Das wird natürlich nicht hindern, dass man uns nach wie vor als eine internationale Partei jedes

Anteils an den Rechten und an den Vorzügen des echten und wahren Deutschtums für verlustig erklärt.

Gernug, ich wiederhole noch einmal, daß unser Standpunkt, so weit es sich um die Anderthalbbarkeit der Pariser Forderungen handelt, hat nicht wesentlich von dem unterscheidet, den die übrigen Parteien dieses Hauses einnehmen. Allerdings, mein Freund Breitfeld hat in Wien, und auch wir haben an anderen Stellen immer wieder den Verdacht abgewehrt, als ob wir uns mit dieser unserer Stellungnahme irgendwie in die berühmte Einheitsfront wolleinreihen lassen. (Sehr wohl! bei den U. Soz.) Wie erkennen heute, wie wir es immer erklärt haben, wie haben nichts zu tun mit den „Patrioten“ im bürgerlichen Lager, die jetzt so laut beschwören, weil sie durch den Klang ihrer Worte ihre Kriegsvergangenheit in Vergessenheit bringen wollen. Wir haben nichts zu tun mit denen, die noch immer nicht erkennen und noch immer nicht zugeben wollen, daß diese Ausschweilungen des Ententeimperialismus nichts anderes sind, als ein Abbild der Ausführungen, deren Sie sich schuldig gemacht hätten, wenn Sie die Sieger geblieben wären. (Sehr wohl! bei den U. Soz.) Zu dieser Frage der Einheitsfront auch sonst noch ein paar kurze Worte. Sie ist ja in diesem Moment doppelt aktuell, nicht nur deswegen, weil man uns in der letzten Woche hier im deutschen Reichstag sozusagen zwangswise zu einer Art von Einheitsfront genötigt, und zwangswise von oben herab eine Art von Burgfrieden nach beispielhaftem Muster von 1914 herbeigeführt hat. Es ist ja von oben her dafür sorgt worden, daß nur Themen zur Debatte kämen, die möglichst wenig Anstoß erwecken, oder besser gelagert, daß über Thema nicht gesprochen werden sollte. Zunächst einmal haben wir die Folgen dieser Wiederbelebung des Gedankens des Burgfriedens gesehen. In der Tat, wie sich die Herren von der rechten Seite hier soll ich sagen „benommen“, oder soll ich sagen „aufgefordert“ haben, das erinnerte außerordentlich lebhaft an die Zeit, als der Originalburgfrieden in Deutschland herrschte. Wie man versucht, dem Abg. Hoffmann und meinem Freunde Elspern das Wort abzuschneiden, erinnerte mich lebhaft an die Stunde, wo man sich bemühte, den Abg. Liebknecht mundtot zu machen, weil er Ausschreibungen machte, die den Herren der nationalen Gesinnung nicht gefielten. Aber darüber müssen wir uns klar sein: der Burgfrieden, den Sie jetzt einführen wollen, kann immer nur als eine Parodie des Burgfriedens von 1914 wirken, denn es fehlt noch zu seiner Durchführung sehr viel, es fehlen manche Voraussetzungen, es fehlt vor allen Dingen jener militärische Rückhalt, über den Sie damals verfügten, dessen Sie sich damals erfreuen konnten. Heute wirken die Versuche, jene Zeit wieder heraufzubeschwören, schlechterdings wie eine sehr unerfreuliche und mangelsame Karikatur.

Genosse Breitscheid streift dann die schon von dem Reichssozialisten Müller erwähnten Vorläufe beim Stappellauf des Dampfers Hindenburg in Begegnung und des Dampfers Tirpitz in Flensburg, sowie die Gerichtsverhandlungen von Breslau gegen die Autosoffiziere und Truppen, und sagt weiter: Was sich da herausstellte war die schreckliche Blüte des schlimmsten Militarismus. Es war die schlimmste Soldateska, die an den dreißigjährigen Krieg und seine Folgen erinnerte. Diesen Eindruck empfing man in London auch, und man sagte sich, das ist das Deutschland, das von sich behauptet, es habe aus den Erfahrungen des Krieges gelernt. In dieser sogenannten deutschen Republik konnten im Jahre 1920 militärische Horden die schlimmsten Verbrechen begehen, angezaut von denen, die nationale Empfinden zu belästigen behaupten. Und schon deshalb können wir uns nicht wundern, wenn die Stimmung in Ausland uns gegenüber nicht so ist, wie wir es im Interesse des ganzen deutschen Volkes und insbesondere der Arbeiterschaft wünschen müssen.

Aber nach dieser Ablehnung dieser Gemeinschaft mit chauvinistischen Elementen erklären wir, daß unsere Meinung über die Pariser Beschlüsse als solche sich in der Zwischenzeit nicht geändert hat. Wir halten sie auch heute noch für unbeschreibbar, wir erklären ihre Durchführung als im Widerstreit mit den Interessen der arbeitenden Bevölkerung in allen Ländern der Welt stehend. (Sehr wohl! bei den U. Soz.) Insoweit sind wir auch mit den Intrusionen einverstanden, die das Kabinett dem Minister Simons nach London mitgegeben hat. Aber diese Übereinstimmung ist zunächst nur eine solche nach der negativen Seite hin. Nach der positiven Seite hin kann schon deshalb davon keine Rede sein, weil wir ja das positive Programm, das Herrn Simons nach London mitgegeben ist, bis zum heutigen Tage nicht kennen. (Sehr richtig! bei den U. Soz.) Der Herr Reichskanzler hat von den Grenzen gesprochen, innerhalb deren sich Herr Simons halten sollte. Welches sind die Grenzen? Wo fangen sie an, wo hören sie auf? Ich weiß nicht, ob der Herr Reichskanzler selber über die Grenzen unterrichtet ist, die die Delegation in London sich stellen soll. Wir wußten nichts von dem positiven Programm und den Grenzen des Herrn Simons. Wir wissen ja nicht einmal, wie dieses positive Programm zustande gekommen ist. Es ist vorbereitet worden ohne Hinzuziehung der Volksvertretung. Herr Dr. Simons hat in London gesagt, die Entscheidung ist erst am Freitag, dem 25. Februar, erfolgt. Am Sonnabend müssten erst die Parteiführer gehört werden. Die Vorschläge könnten daher im einzelnen erst während der Reise formuliert werden. Der Wortlaut wurde endgültig erst in der vergangenen Nacht hergestellt. (Hört, hört! bei den U. Soz.) Darauf ergibt sich doch mit aller Klarheit, daß die hohe Regierung und der hohe Reichskanzler in dem Moment, als er seine Apostole nach London entsandte, sich nicht darüber im klaren war, welche Vorschläge Herr Dr. Simons dort machen würde, und wie er sie — worauf vor allen Dingen außerordentlich viel ankam — in London formulieren werde. Wir haben die Tatsache vor uns, daß über eine Lebensfrage des deutschen Volkes im Eisenbahnloupe von einem Minister, zwei Geheimräten und einem General entschieden worden ist. (Zuruf im Zentrum und bei der Deutschen Volkspartei!) Es sind Dinge, die hier in Berlin verhandelt worden sind im Eisenbahnloupe und in der Heile der letzten Nacht vor der Londoner Besprechung, wieder selbst gestellt worden (Abg. Dr. Becker-Hessen: formuliert worden!) Formuliert worden, jawohl, aber in dieser Formulierung schlichen Tatsachen, die hier in Berlin besprochen worden sind. Ich erinnere nur an das, was der Herr Kollege Müller angebunden hat, an die Frage des Besserungsreiches, ich erinnere nur daran, daß in London keine Rede davon gewesen ist, als Erst für die 12-prozentige Ausfuhrabgabe etwas zu bieten, das der Entente erklärt, daß Deutschland im Falle der Besserung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse auch nicht zu leisten entschlossen sei, auch Dinge, die hier besprochen worden sind.

Wir stehen einfach vor der Tatsache, daß das Kabinett zusammen mit Sachverständigen vier Wochen lang, nämlich vom Ausgang der Pariser Konferenz bis zur Londoner Konferenz beraten hat, ohne zu einem definitiven Ergebnis zu kommen. (Hört, hört! bei den U. Soz.) Ich glaube in den vier Wochen wäre wohl reichlich Gelegenheit gewesen, sich bis in alle Einzelheiten auch über die Art, wie man psychologisch am besten den Vertretern der Entente gegenüberstehen, Klarheit zu verschaffen. Das Geheimkabinett trägt die politische Verantwortung. Die staatsrechtliche Verantwortung bleibt auf dem Minister Simons lasten, und ich muß hier offen aussprechen, daß wir benötigt sind, allerschärfste Kritik an dem Auftreten des Ministers Simons in London auszusprechen. Nach alledem habe ich nicht mehr den Eindruck, daß hier ein Mann an der Spitze unserer auswärtigen Geschäfte steht, der der Lage gewachsen ist, in der sich Deutschland gegenwärtig befindet. (Rufe bei den U. Soz. Oho!) Genosse Breitscheid lädt schärfste Kritik an dem Auftreten des Dr. Simons in London, der es an heilicher psychologischer Einstellung habe fehlen lassen. Wörtlich sagte er weiter: Ist es denn nicht eine Unlogik allerersten Ranges, daß man die 220 Milliarden, die in den Pariser Beschlüssen gefordert werden, 50 Milliarden entgegenhält und erklärt, von diesen 50 Milliarden werden angedeutet noch 20 Milliarden als geleistet abgezogen? War das eine Einstellung auf die Situation, war das ein Verständnis für das Forum, vor dem man in London stand? Es scheint mir, daß hier selbst die elementarsten Notwendigkeiten diplomatischer Betätigung vernachlässigt werden sind. Aber meineswegen ist für mich etwas anderes. Nicht dieser Mangel an

äußerlicher Psychologie, sondern der Mangel an dem Verständnis dafür, daß man in dieser Situation den Verhandlungsgegnern auf der andern Seite mit positiveren Dingen unter die Augen treten müsse, daß man sich nicht auf irgendwelche rechnerische Kalkulation beschränken möchte, sondern daß man vor allem die Pflicht hatte, ausführlich einzugehen auf unsre Bereitwilligkeit bei dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mitzuarbeiten. Des weiteren: wir lehnen die Ausfuhrabgabe von 12 Prozent ab, genau wie die Regierung. Nur wäre es zweitmäßig gewesen, daß uns positive von Seiten des Herren Dr. Simons irgendwas gesagt worden wäre, wie wir einen Erfolg für diese 12 Prozent bieten wollen und bieten können. Es wäre das unser Überzeugung nach die Stimmung in London außerordentlich gebeizt haben.

Aud nun sind wir in diese Sache hineingeraten und nun erklärt der Minister Lloyd George: Bis Montag stellt ihr euch entweder auf den Boden des Pariser Programms oder aber, Ihr macht gleichwertige Vorschläge. Auf dem Boden des Pariser Programms kann sich die Regierung nicht stellen, das gebe ich ihr ohne weiteres zu, aber wir sind der Meinung, daß diese Bedürfe, die von Lloyd George noch einmal geschlagen worden ist, mag sie so unerhört sein, wie sie zunächst scheint, unter allen Umständen von der deutschen Regierung betreut werden müssen. Wir sind der Meinung, daß keine Gelegenheit, zu Verhandlungen noch zu kommen, verabsäumt werden darf.

Ich frage die Herren von der Regierung, und ich frage die Mitglieder der bürgerlichen Parteien: was haben Sie denn im gegenwärtigen Moment noch für Möglichkeiten? Sie können weder damit rechnen, die Entente zu zerplätzen, noch an einen neuen Krieg denken. Also was bleibt Ihnen? Es bleibt Ihnen nichts anderes, als durch Verhandlungsbereitschaft und durch die gesamte Politik den Versuch zu machen, die Kreise im Ausland, die in Opposition gegen die imperialistische Regierung stehen, in diesem ihrem Widerstand zu stärken, um so mit der Welt zu jener Revision der Friedensverträge zu kommen, von der in Wien gesprochen worden ist. (Sehr richtig! bei den U. Soz.)

Sie behaupten doch immer, die Interessen des deutschen Volkes vertraten zu wollen, nicht die Interessen einer einzelnen Klasse. Also geben Sie diese Interessen preis, wenn das der einzige Weg ist, um für das deutsche Volk einen Frieden zu erlangen, der diesen Namen verdient, um uns aus dieser ewigen Unruhe, aus dieser ewigen Not, und aus dieser ewigen Qual zu errettet. Ich weiß: In dieser Beziehung predigen ich und meine Freunde Faure und Hérelle. Wenn Sie von der Einheitsfront des deutschen Volkes reden, so meinen Sie damit nur, da die Arbeiter gewonnen werden sollen, um die kapitalistischen Interessen verteidigen zu können. Wir predigen lauben Ihnen. Aber auch in dieser ersten Stunde und in dieser schweren Situation wiederholen wir immer und immer wieder: es gibt keine andre Rettung für uns, als den Appell an die proletarischen Klassen, und die mit ihnen verbündeten Schichten, die hier und da vorhanden sind, die den Klassenkampf führen wollen gegen die Bourgeoisie in den andern Ländern. Es gibt keinen dauernden Frieden auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft. Die Voraussetzung des Friedens ist der Sozialismus. (Lebhafte Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Dr. Stresemann (D. Bp.): In einer Zeit, in der überhaupt keine wirtschaftlichen Grundtatsachen feststehen, kann man nicht verlangen, daß in dem Urteil über die Zahlungsmöglichkeiten eine äußerstmäßige Garantie gegeben wird. Dr. Simons wird auch heute noch von der großen Weisheit dieses Hauses als der besonnene Staatsmann geschägt. Die an ihm geübte Kritik trägt nicht dazu bei, im Ausland die Meinung zu erwecken, als ob das Vertrauen der deutschen Nation zu ihren Führern sich gemindert hätte. Das vom Abg. Breitscheid befürwortete Misstrauen geht nicht über die von ihm vertretenen Kreise hinaus. Lloyd George spricht von Simons als dem Vertreter eines Landes, das für den Krieg verantwortlich ist und sagt weiter, daß diese Verantwortlichkeit die Basis für das Gebäude des Friedens von Versailles bildet. In dieser Auffassung trifft es sich vollkommen mit dem früheren Präsidenten Poincaré. Daraus zieht man die Folgerung, daß wir die Pflicht haben, die gesamten Verwüstungen der Welt wieder gutzumachen. Der Vertrag von Versailles hat angeblich die Rechtsgrundlage gegeben. Tatsache ist, daß er in seinen großen Grundzügen bereits abgeschlossen war, ehe man in Paris zusammenkam, abgeschlossen durch den Rotenwechsel zwischen der deutschen Regierung und den Verbündeten Staaten. Gewiß, nicht nur die 14 Punkte Wilsons waren die Grundlage, sondern darüber hinaus ist die Erfahrung Deutschlands für alle der Zivilbevölkerung zugänglichen Schäden veranlaßt worden. Auch das hat die deutsche Regierung anerkannt, aber niemals hat sie anerkannt, daß sie die Penitzen aller Armeen zu bezahlen habe. Und nun die Frage, die letzten Endes die Ursache aller Auseinandersetzungen ist: die Frage nach der Verantwortlichkeit für den Weltkrieg. Doh die Gesamtpolitik Deutschlands auf den Krieg eingestellt war, kann niemand behaupten, der objektiv urteilt. (Nebenflur führt einige neutrale Stimmen an.) Und auch Lloyd George selbst glaubt innerlich nicht an die alleinige Schuld Deutschlands. Und Faure ist höchstlich geschrieben: „Ich war sehr überrascht, als ich Einsicht in die Akten bekam. Meine ursprüngliche Auffassung erwies sich hier als unerhört. (Hört, hört! bei den U. Soz.)“

Abg. Dr. Stresemann (D. Bp.): In einer Zeit, in der überhaupt keine wirtschaftlichen Grundtatsachen feststehen, kann man nicht verlangen, daß in dem Urteil über die Zahlungsmöglichkeiten eine äußerstmäßige Garantie gegeben wird. Dr. Simons wird auch heute noch von der großen Weisheit dieses Hauses als der besonnene Staatsmann geschägt. Die an ihm geübte Kritik trägt nicht dazu bei, im Ausland die Meinung zu erwecken, als ob das Vertrauen der deutschen Nation zu ihren Führern sich gemindert hätte. Das vom Abg. Breitscheid befürwortete Misstrauen geht nicht über die von ihm vertretenen Kreise hinaus. Lloyd George spricht von Simons als dem Vertreter eines Landes, das für den Krieg verantwortlich ist und sagt weiter, daß diese Verantwortlichkeit die Basis für das Gebäude des Friedens von Versailles bildet. In dieser Auffassung trifft es sich vollkommen mit dem früheren Präsidenten Poincaré. Daraus zieht man die Folgerung, daß wir die Pflicht haben, die gesamten Verwüstungen der Welt wieder gutzumachen. Der Vertrag von Versailles hat angeblich die Rechtsgrundlage gegeben. Tatsache ist, daß er in seinen großen Grundzügen bereits abgeschlossen war, ehe man in Paris zusammenkam, abgeschlossen durch den Rotenwechsel zwischen der deutschen Regierung und den Verbündeten Staaten. Gewiß, nicht nur die 14 Punkte Wilsons waren die Grundlage, sondern darüber hinaus ist die Erfahrung Deutschlands für alle der Zivilbevölkerung zugänglichen Schäden veranlaßt worden. Auch das hat die deutsche Regierung anerkannt, aber niemals hat sie anerkannt, daß sie die Penitzen aller Armeen zu bezahlen habe. Und nun die Frage, die letzten Endes die Ursache aller Auseinandersetzungen ist: die Frage nach der Verantwortlichkeit für den Weltkrieg. Doh die Gesamtpolitik Deutschlands auf den Krieg eingestellt war, kann niemand behaupten, der objektiv urteilt. (Nebenflur führt einige neutrale Stimmen an.) Und auch Lloyd George selbst glaubt innerlich nicht an die alleinige Schuld Deutschlands. Und Faure ist höchstlich geschrieben: „Ich war sehr überrascht, als ich Einsicht in die Akten bekam. Meine ursprüngliche Auffassung erwies sich hier als unerhört. (Hört, hört! bei den U. Soz.)“

Abg. Dr. Stresemann (D. Bp.): Mit unseren Gegenvorschlägen sind wir bis an die äußerste Grenze gegangen. Wir stimmen die Politik des Reichsfinanziers.

Abg. Elsper (Bav. Bp.): Auch für uns sind die Pariser Forderungen unannehmbar.

Abg. Ulpers (Deutsch.-Hessen): Wir hoffen, daß das Rechtsgefühl der Kulturstädte es verhindern wird, daß ein bestiges Volk derart niedergemetzt wird.

Damit schließt die Aussprache. Nächste Sitzung Montag, 2 Uhr: Reederel-Absindungsvertrag, Haushalt, Kleine Vorlagen. Schluss 9½ Uhr.

Der Außenminister in London zu verhandeln hatte. Nachdem diese Druckschrift im Hause verteilt worden ist, nehme ich an, daß auch der Abg. Breitscheid selber nicht mehr auf dieser Meinung besteht. (Beifall.)

Abg. Schiffer (Dem.): Meine Parteifreunde verstehen die Jurisdiktion, die die Reichsregierung sich auferlegt hat, und billigen die Erklärung des Reichsfinanziers. In dem heutigen Stadium der Verhandlungen muß es der Regierung und ihrem Verantwortungsgebot überlassen bleiben, was sie der Deutschen Preisgabe kann und will. Deshalb leidet der Reichstag in seiner Autorität keine Einbuße, wenn er darauf verzichtet, sich zur Geltung zu bringen, wenn dieser Bericht im allgemeinen Interesse liegt. Leider ist es hier zu einer persönlichen und lachlichen Kritik gekommen, die in diesem Augenblick auf alle Fälle unüblich war. (Zustimmung.) Unsre Stellung ist durch die Rede des Abg. Breitscheid bestreitbar worden. Mit den vom Reichsfinanzier aufgestellten Grundlinien sind wir einverstanden; sie sind nur Ausstrahlungen der Politik, die wir für die Ausführungen des Friedensvertrags verfolgen: Der Politik der Ehrlichkeit, der Aufrichtigkeit und des festen Willens. Zu der Politik des guten Willens muß sich die Fertigkeit gesellen, die weder durch Drohungen, noch durch Bedrohungen ins Werk kommt. Wir sind stolz auf die Stimmen aus dem bedrohten Gebiet, welche die Bereitwilligkeit bestimmen, alle Folgen tragen zu wollen. Auch aus Arbeiterkreisen wird die Einmütigkeit aller Stände betont. Die Arbeiter wissen viel besser als die unabhängigen Abgeordneten, was ihnen droht. Wenn irgend etwas die Erkenntnis von der Solidarität der Weltinteressen noch beschleunigen könnte, dann wäre es die Verhängung der Sanktionen. Deshalb gehen wir der Zukunft, so dunkel und so schwer sie ist, festen Mutens und ungebeugt entgegen. (Lebhafte Beifall in der Mitte.)

Abg. Stocker (Kom.): Die Regierung hat sich mit der inhaltlosen Rede Fehrenbachs nur lächerlich gemacht. (Die Abgeordneten aller linkssozialistischen Parteien verlassen fluchtartig den Saal.) Die Haltung der Regierung ist lächerlich. Die schwere Last des Ententerats soll aus den Knochen der Arbeiterschaft herausgeholt werden. Auf der einen Seite sehen wir steigendes Elend und Not, auf der andern steigende Dividenden und steigenden Luxus. Wir wenden uns auf schärfste gegen die Versuche, die arbeitenden Schichten über ihre Klasseninteressen hinwegzutäuschen. Wir kennen keine nationale Einheitsfront, wir kennen nur eine Front der unterdrückten Klasse. Der einzige Sieger im Krieg ist die Bourgeoisie aller Länder, und deshalb kann es nur eine Front aller Proletarier gegen sie geben. Wenn wir den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems sehen, wenn wir das Ende der Arbeitslosigkeit in allen Ländern sehen, dann haben wir keinen Anlaß, an die Seite irgendeiner Bourgeoisie zu treten. Für uns gibt es nur die Lösung: Sturz der internationalen Finanzkartelle durch die Diktatur des Proletariats, nicht Wiederaufbau des kapitalistischen Systems, sondern Aufbau eines kommunistischen Staates. Im Osten sehen wir Fäden sich spannen zwischen Warschau, Prag, Belgrad und Budapest; wenn ein neuer Kreuzzug gegen Sowjetrußland zustande kommt, dann wird wohl die deutsche Bourgeoisie auch nicht fehlten. Dieser Kreuzzug wird scheitern an der revolutionären Freiheit des deutschen Proletariats. Wir führen den Kampf mit aller Entschiedenheit und sind überzeugt, daß Stunde und Tag kommen werden, wo Sie nach rechts und zur Mitte wieder in dieselben Mauselöcher kriechen werden, wie am 9. November. Es wird die Stunde kommen — mögen Sie auch lachen! — wo nicht nur in Moskau, sondern auch in Berlin die rote Fahne weht. Wir rufen das deutsche und internationale Proletariat auf zum Kampf gegen die Bourgeoisie und für die Befreiung der 3. Internationale. (Beifall b. d. Kommunisten.)

Abg. Delitz (Bav. Bp.): Mit unsern Gegenvorschlägen sind wir bis an die äußerste Grenze gegangen. Wir stimmen die Politik des Reichsfinanziers.

Abg. Elsper (Bav. Bp.): Auch für uns sind die Pariser Forderungen unannehmbar.

Abg. Ulpers (Deutsch.-Hessen): Wir hoffen, daß das Rechtsgefühl der Kulturstädte es verhindern wird, daß ein bestiges Volk derart niedergemetzt wird.

Damit schließt die Aussprache. Nächste Sitzung Montag, 2 Uhr: Reederel-Absindungsvertrag, Haushalt, Kleine Vorlagen. Schluss 9½ Uhr.

Die Schandtaten der Aulock-Bande.

Die Vernehmungen im Aulock-Prozeß wurden am Donnerstag fortgesetzt. Der Nebenkämpfer und Zeuge cand. med. J. M. J. war verhaftet worden, weil er beim Attentat von Flugblättern und Bekanntmachungen beobachtet worden war. Er kam zunächst in die Wachtkube am Hauptbahnhof und von dort zum Generalstabe. Als man dort erfuhr, daß er einschlägigen Studentenverbündung angehört, wurde er schwer beschimpft und angespielt worden. Auch in der Presse seien schon vor dem Kapp-Putsch Neuerungen zu finden gewesen, die die Soldaten schwer kränken müssten. Das sei der Dank dafür gegeben, daß die Truppen sich zum Grenzschutz und bei andern Gelegenheiten in Oberhessien mit Leib und Leben für das Vaterland eingesetzt hätten. Dass die Leute durch die ungeheure Erregung nicht mehr so ganz in der Hand ihrer Offiziere gewesen seien, sei psychologisch durchaus verständlich.

Oberleutnant a. D. Schmidt war im Kreftkorps zur Zeit der Kapp-Tage Geschäftsoffizier. Misshandlungen sind vor den Augen des Zeugen nicht vorgekommen (!!). Es war in einer Offizierversammlung ausdrücklich erklärt worden, daß Misshandlungen und Provokationen von Zivilpersonen unterlassen werden sollten. Die Patrouillen seien in der gemeinsten Weise beschimpft und angespielt worden. Auch in der Presse seien schon vor dem Kapp-Putsch Neuerungen zu finden gewesen, die die Soldaten schwer kränken müssten. Das sei der Dank dafür gegeben, daß die Truppen sich zum Grenzschutz und bei andern Gelegenheiten in Oberhessien mit Leib und Leben für das Vaterland eingesetzt hätten. Dass die Leute durch die ungeheure Erregung nicht mehr so ganz in der Hand ihrer Offiziere gewesen seien, sei psychologisch durchaus verständlich.

Der Sachverständige Dr. Ruben hat den Zeugen Helmrich behandelt. Sein Gutachten steht in grellstem Widerspruch zu dem Gutachten des vernommenen Dr. med. Werner, der angab, daß die Verlebungen des Helmrich nicht lebensgefährlicher Natur gewesen seien, daß es sich vielmehr nur um Verlebungen handelte, wie sie bei Schlägereien vorkommen. Dr. Ruben dagegen führt aus, daß die Verlebungen lebensgefährlicher Natur gewesen seien. Der ganze Körper war zerschlagen. Auch seelisch war Helmrich deprimiert und vollständig erschüttert. Das zeigte sich besonders in dem ununterbrochenen Jittern des Kopfes. Dr. Werner widerspricht den näheren Angaben dieses Sachverständigen. Er bleibt noch wie vor bei seinen Angaben. Ein weiterer Zeuge, ein früherer Kriegsgerichtsschreiber, hat die Anklagen in Gesselschaft verneint. Dort war die Aulockbande zur Niederknüppelung der Ruhrarbeiter. Biskup hat bei dieser Vernehmung ausweichende Antworten gemacht, die darin ausdrücken, daß er von Walter verschiedenes wisse, was er aber jetzt nicht sagen könne. Biskup bestreitet entschieden, solche Angaben gemacht zu haben. Der Staatsanwalt beantragt noch die Vernehmung des Zeugen Karl Peter, der befunden soll, daß sich auch Walter an den Misshandlungen beteiligte. Dem Antrage wurde stattgegeben und die Verhandlung auf Kreistag vertagt.

Zur gefälligen Beachtung!

Unsere verehrten Freier wollen bei Bezahlung der Kellergeld-Volkszählung darauf achten, daß auf der Quittung sowohl der Name oder Stempel des Aussträgers, als auch der Name des Abonnenten vermerkt ist. — Bei eventueller Beschwerde über unpolitische Zustellung, die wir direkt an die Expedition erheben, wolle man den Namen des Aussträgers mit angeben. Die Expedition,